

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Mehr Agitation!

Nach ungefähre Schätzung sind heute von allen organisationsfähigen Metallarbeitern Deutschlands zwei Drittel noch nicht organisiert. Es kommen demnach immer noch auf einen organisierten Metallarbeiter zwei Nichtorganisierte. Dieses einfache Rechenexempel zeigt uns, wieviel Aufklärungsarbeit die Organisationen noch zu leisten haben, bis der letzte organisationsfähige Metallarbeiter seine Organisationspflicht erlangt hat. Es zeigt uns aber auch, wie groß noch das Agitationsfeld für unsere Kollegen ist und daß es der intensiven, beharrlichen Agitationsarbeit bedarf, um die tausende indifferenter Metallarbeiter unserem Verband zuzuführen.

An dieser beharrlichen, mit zäher Ausdauer betriebenen Agitation fehlt es aber an den allermeisten Stellen immer noch und die Folge ist Stagnation, ja Rückgang in so vielen Orten. Es soll dieses Mal nicht über die verschiedenen Agitationsmethoden gesprochen werden, sondern an der Hand der Erfolge der Agitation in den einzelnen Bezirken gezeigt werden, daß eine planmäßige Agitation auch in der Freizeitszeit Erfolg bringt, auf der anderen Seite den einzelnen Bezirken auch einmal ein Spiegelbild vorhalten, aus dem jeder ersehen kann, ob die Ortsgruppen in den einzelnen Bezirken ihre Schuldigkeit getan haben oder nicht.

Der Erfolg der Agitation zeigt sich in den Neuaufnahmen, die gemacht wurden. Bezeichnen wir die Bezirke einfach mit dem Sitz des Bezirksleiters, so ergibt sich bezüglich der Neuaufnahmen im 2. Quartal 1909 für die einzelnen Bezirke folgendes Bild:

2. Quartal 1909.

Bezirk	Neuaufnahmen				Durchschnitt	Unter dem Durchschnitt	Von 100 Neuaufnahmen entfallen auf den Bezirk
	Boßl	In wieviel Ortsgruppen	ohne Neuaufnahmen	Auf 100 Ortsgruppen kommen			
Nachen	84	11	12	2,78	5,24	4,28	
Berlin	63	11	5	9,66	1,64	3,20	
Bielefeld	52	10	4	4,95	3,07	2,66	
Essen	210	17	12	9,87	1,55	10,69	
Duisburg	166	3	3	12,35	4,33	8,44	
Düsseldorf	167	12	4	11,74	3,72	8,49	
Essen	379	10		19,11	2,09	13,23	
Goslar	23	7	8	4,30	3,72	1,17	
Hamburg	55	8	2	4,63	3,39	2,80	
Hamm	298	11	2	14,14	6,12	15,16	
Kattowitz	26	5	5	13,68	5,66	1,32	
Mannheim	51	9	9	6,98	1,04	2,59	
München	190	17	6	7,25	0,77	9,67	
Nürnberg	50	11	4	4,07	3,95	2,55	
Offenbach	28	7	7	3,93	4,09	1,43	
Saarbrücken	19	2	1	2,63	5,39	0,97	
Strasbourg	104	13	6	9,61	1,59	5,30	

Daß die Gesamtzahl der Neuaufnahmen verhältnismäßig sehr niedrig ist, liegt wohl mit in den schlechten Konjunkturverhältnissen begründet. Es kommen im Durchschnitt auf 100 Mitglieder nur 8,02 Neuaufnahmen. Die Zahl würde wesentlich höher sein, wenn nicht 96 Ortsgruppen vorhanden wären, in denen überhaupt im ganzen Quartal keine einzige Neuaufnahme zu verzeichnen ist. Hier ist also für die Agitation sicher auch nicht das geringste geschehen, sonst könnte es nicht vorkommen, daß ein ganzes Vierteljahr vergeht, ohne daß auch nur eine einzige Neuaufnahme erfolgt.

In neun von hiebzehn Bezirken bleibt denn auch der Prozentsatz der Neuaufnahmen unter dem Durchschnitt, während acht Bezirke mehr oder weniger über den Durchschnitt kommen. Die Agitationsmäßigkeit und die Aussicht auf Erfolg ist gewiß in den einzelnen Bezirken eine sehr verschiedene, was bei einem Vergleich zwischen den einzelnen Bezirken berücksichtigt werden muß. Ein Vergleich zwischen den einzelnen Bezirken mit Berücksichtigung der Verhältnisse zeigt aber doch, daß in vielen Bezirken und Orts-

gruppen nicht mit der notwendigen Energie gearbeitet worden ist, sonst müßte das Resultat ein anderes sein.

Es tritt da vor allem an die Bezirksbeamten die Frage heran, ob sie auch überall eine planmäßige Agitation eingeleitet haben. Sie haben in ihrem Bezirk die treibende Kraft in der Agitation zu bilden.

Dann muß aber auch gesagt werden, daß in allen den Ortsgruppen, wo im ganzen Quartal keine einzige Neuaufnahme zu verzeichnen war, die Ortsgruppenvorstände in der Agitation ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Sie haben Vertrauensmänner und Mitglieder nicht in der rechten Weise zur Agitation angepornt, sind ihnen auch nicht mit gutem Beispiel vorgegangen. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß von den Hunderten und Tausenden von Indifferenten, die überall noch herumlaufen, kein einziger innerhalb von 3 Monaten für die Organisation gewonnen wird.

Die Idee ist falsch und organisationschädigend, welche immer sich immer mehr in die Köpfe unserer Kollegen festsetzt, daß nur die freigestellten Beamten für die Agitation da sind; und niemand sonst mehr einen Finger in der Agitation zu rühren brauche. Die Beamten sollen Plan und System in die Agitation bringen, günstige Gelegenheiten ausnützen, und die Kollegen überall nach Kräften unterstützen. Die eigentliche direkte Werbearbeit unter den Indifferenten müssen die im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen besorgen, weil nur sie in der Regel mit diesen zusammenkommen und sie über Zweck, Ziel und Notwendigkeit der Organisation aufklären und zum Versammlungsbefuch veranlassen können.

Wir feiern in diesem Jahre das zehnjährige Bestehen der christlichen Gewerkschaften und im Oktober das zehnjährige Jubiläum unseres Verbandes. Wenn wir mit Genugtuung auf das in den vergangenen zehn Jahren erreichte zurückblicken, dann sollen besonders diejenigen Kollegen, welche in den letzten Jahren dem Verbands beigetreten sind und die Mühen und Kämpfe der ersten Jahre des Bestehens unseres Verbandes nicht kennen, sich bewußt werden, daß das Erreichte nur durch treue und beharrliche Mitarbeit aller Kollegen möglich war. Da mußte jeder Agitator sein; weil ihm keine freigestellten Kollegen zur Verfügung standen. Was damals möglich war; muß auch heute noch möglich sein. Auch heute steht in unseren christlichen Metallarbeitern dieselbe Begeisterung, dieselbe Opferfreudigkeit zur Agitation und Vorarbeit. Sie muß nur in der rechten Weise entfacht und angeleitet werden. Mag diese Anregung dazu dienen, um einen edlen Wettstreit in der Agitation zwischen den einzelnen Ortsgruppen und Bezirken zu entfachen. Vorwärts zu unermüdlicher Werbearbeit; Krieg dem Heer der Indifferenten muß überall die Parole lauten.

Unfreiwilliges Bekenntnis.

Von Fr. Dr. F. Jule.

Unser Artikel über Standesunterschiede hat's der „Metallarbeiter-Zeitung“ derart angetan, daß sie ein unüberblühtes Bekenntnis ihrer irreligiösen Welt- und Sozialauffassung ablegt. Daß wir alles Bestehende auf den Willen des schöpferischen Gottes zurückzuführen und auch im Gang der Geschichte das Walten der Vorsehung erblicken, kurz, daß wir gottgläubig sind, das erregt den Spott und Verger des angeblich neutralen Gewerkschaftsblattes. Wenn man einfach annehme, Gott habe Himmel und Erde, Tiere und Menschen erschaffen; so sei dies allerdings die bequemste aller Anschauungen; eine Weltanschauung, die jede Naturwissenschaft, jedes Fortschreiten nach den tiefsten Zusammenhängen überflüssig mache. Und konsequent weiter, wenn wir im historischen Werden wiederum das Walten des allmächtigen Gottes sehen, so sei dies die bequemste aller Gesellschaftsphilosophien, bei der es keiner Seelen- und Völkertunde, keiner Sozialwissenschaft usw. bedürfte.

Ueber die Grundlagen unseres Glaubens wollen wir nun mit dem so wenig in diesen Dingen orientierten Blatt wirklich nicht rechten, dies kommt einem Gewerkschaftsorgan auch gar nicht zu; dagegen möchten wir doch die Frage beantworten, ob in dem wiedergegebenen Vorwurf der Sozialisten nicht etwas Berechtigtes liegt. Abzuspiziert der feste Glaube an den Weltenschöpfer von der Pflicht; das von ihm Geschaffene uns Menschen zur Benutzung übergebene kennen und praktisch verwerten zu lernen? Dann wäre ja allerdings jede Naturwissenschaft und auch deren praktische Anwendung in Medizin, Technik usw. für uns Christen ganz programmwidrig. Aber wir sollen uns doch die Erde untertan machen. Es ist nicht gesagt, die Erde unterwerfe sich uns; sondern wir sind zur Benutzung unserer Anlagen und Fähigkeiten angewiesen; um die Naturkräfte erst in den Dienst der Menschheit zu stellen.

Wer unbefangenen urteilt, wird zugeben müssen; daß schon allein dieses Gottesglaub, das für uns bindend ist, genügt; um uns die theoretischen und angewandten Naturwissenschaften zur Pflicht zu machen. Aber, so könnte man weiter sagen, damit ist doch erst eine praktische Ausübung; noch kein theoretisch wissenschaftliches Interesse an der Schöpfung gegeben. Warum das? Deshalb sollte der Materialist, der alles auf Naturkräfte zurückführt, an deren Wesen und Entwicklungsgefahren mehr Interesse haben, als der Gläubige an den Werken Gottes, durch die dieser sich in ewiger Ordnung und Weisheit offenbart? Durch das Werk lernt man den Künstler; durch die Welt Gott bis zu einem gewissen Grade kennen und deshalb müssen wir gerade begierig nach jeder Einzelheit der Natur sein.

Das selbe gilt aber, sogar noch in erhöhtem Maße von der Menschentwelt. Wenn wir in den Menschen Gottes Geschöpfe sehen; so kann das doch unser Interesse an ihrem Seelenleben, ihren Lebensbedingungen und Eigenarten und den Formen ihres gesellschaftlichen Zusammenwirkens nicht abschwächen. Gerade im Gegenteil; das macht uns den Mitmenschen und das eigne Wesen doppelt bedeutungsvoll und des Studiums wert. Ja, mehr als dem Materialisten ist uns die Kenntnis vom Menschen und dessen Sozialleben von Bedeutung; denn während er ihm Willensfreiheit abspricht und ihn also nicht höher und nicht tiefer stellt als alle Lebewesen; sind wir von der Selbstbestimmungsbedeutung überzeugt. Wir suchen Menschen und Gesellschaft zu kennen; nicht bloß um mechanisch waltende Entwicklungsgeetze in ihnen zu entdecken; wie dies konsequent Sozialisten tun; sondern auch um die einzelnen Menschen und ihre Organisation über diesen Mechanismus emporzuheben. Völkertunde, Psychologie, Geschichte und Nationalökonomie zeigen uns; was natürlich vorhanden und entstanden ist und geben uns so die Tatschengrundlage; auf der Menschengesetz und Menschenwille frei arbeiten können.

In dies Bestehende gilt es nun einzugreifen und aus freiem Willen gute Tendenzen zu pflegen; schädliche aber zu unterdrücken. Wären wir allerdings nur Glieder einer großen, seelenlosen Weltmaschine; so gäbe es für uns keine Möglichkeit dieses freien Eingreifens. Die Maschine korrigiert die Maschine nicht; das kann nur der bewegungs- und willensfreie Arbeiter tun; und ebenso ist im historischen Werden. Zur Ausübung irgendwelcher Reformtätigkeit gehört die menschliche Freiheit; die blind waltenden Kräfte und Naturgesetze erst Richtung und Ziel geben kann. Ohne genaues Kenntnis dessen, was sie bearbeiten will; vermag dies aber die Reform nicht und deshalb hat niemand eracht wissen-schaftliche Grundlagen so notwendig als der Christ, der an die Möglichkeit eines willensfreien Eingreifens in den weltgeschichtlichen Werdegang glaubt.

Sie, aber, wendet man uns ein — und das spricht uns auch die „Metallarbeiterzeitung“ vorwerfen zu wollen — ihr überlaßt doch alles der Vorsehung; der Herrgott lenkt die Weltgeschichte usw. Selbstam, daß von Materialisten dieser Gebante immer wieder als so fortschrittshemmend empfunden wird. Dabei lehrt der immer noch aufrecht erhaltene Pro-

panunsozialismus; gestützt auf die materialistische Geschichtsauffassung, daß es unwiderstehliche Naturgesetze seien, die mit mechanischer Macht das ökonomische und nach ihm alles übrige Werden bedingen. Wo ist also die tatenlose Unterwerfung unter eine fremde Übermacht, die Dankvoterklärung der Selbsttätigkeit, bei den Sozialisten oder bei uns? Gewiß, wir erkennen die Allmacht Gottes und die Herrschaft einer ewigen Vorsehung an; aber wir dürfen hinzusetzen, daß diese dem Menschengeschlecht seine Mittätigkeitsrechte von Anfang an gegeben hat; so daß es selbst tätig wirken und schaffen muß. Wey nur annähernd die Sittensche des christlichen Bekenntnisses kennt, der weiß, welche große Nachdruck dabei auf die freie Willkür des einzelnen gelegt und wie scharf jede frevelhafte Passivität, jedes faule, feige Abwählen der eignen Pflichten vorurteilt wird. Davon kann gar keine Rede sein, daß wahre Christen mit ruhigem Behagen alles dem lieben Herrgott überlassen dürfen.

Somit können und dürfen wir auch den jeweils gegebenen Sozialzuständen nicht hilf- und intenos nengend übersehen; vielmehr wissen wir, daß jede Epoche ihre neuen Sozialaufgaben hat, an deren Lösung jeder Berufene mitarbeiten muß. So brachte uns die neue Zeit z. B. die Arbeiterfrage und als berufenste Menschengruppe zu ihrer Lösung den von den heutigen Weltständen nächst bedrohten und an Verbesserungen nächst interessierten Arbeiterstand. Wir halten es geradezu für eine sittliche Pflicht dieses Standes, daß er in die Maschine der wirtschaftlichen Entwicklung so eingreife, daß er seine Geistesgaben und Willensfreiheit benutze, um alles nach Möglichkeit auszusparteln, was gemeinschaftlich, ungerecht und menschenbedrohend ist. In Ausmühen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung fehlt es wahrhaftig nicht; das haben Christen stets mehr oder weniger klar eingesehen. Christliche Arbeiter, die ihnen nur Allzu oft zum Opfer fallen, dürfen diese Ausmühen nicht nur erkennen, sondern müssen sie auch durch Gegenmaßnahmen bekämpfen.

Dies Kämpfen wird allerdings bei christlichen Arbeitern nicht ein rein mechanisches Zuschlagen sein können; sind wir doch schlechterdings keine Materialisten; sondern Leute, die mit abgeschlossener Weltanschauung und entsprechend feststehenden sittlichen Gesichtspunkten arbeiten. Die Moralgesetze, denen wir gehorchen, sind die geistig-ethischen, es sind Gesetze im eminent sozialen Sinne; Gerechtigkeit und Liebe, Gleichachtung und Gleichwertigkeit aller Menschen, Anerkennung und Pflege aller menschlichen Anlagen und Vervollkommnung der Individualität sowie der Gesellschaft. In ihnen scheint uns all das summarisch enthalten, was wir anstreben, ja mehr als das können sogar die Sozialisten mit all ihren Utopien den Menschen nicht bieten.

Wenn so also die Moralgesetze, denen wir folgen, das beste, sozialste vordringende und wir sie als von Gott kommend anerkennen, dürfen wir allerdings konstatieren, daß da, wo man sich nach ihnen richtet, alles gut, und da, wo man ihnen widersteht, alles schlecht ist. Es steht in jeder heute vorhandenen Ungerechtigkeit neben ihren ökonomischen usw., also ihren rein mechanischen Ursachen, auch noch ein Stück menschlicher Schuld. Entweder hat man veräuert, böse Reime rechtzeitig auszurotten, also negativ gefehlt, oder man hat positiv gesündigt, d. h. unsoziale Tendenzen genährt und gegen die Gottesgebote verstoßen. Paradiesisch könnte ja auch bei dem besten Willen und Handeln der Menschheit ja auch die Welt

nicht sein; zu diesem Optimismus, den man bei Programmsocialisten oft findet, wird sich der Christ kaum hinstellen lassen; sie wird immer nur relativ gut, d. h. so erträglich und gerecht sein können, wie es eben die menschliche Unvollkommenheit und Mangelhaftigkeit der Materie d. h. der Außenwelt zuläßt. Aber wesentlich besser als es ist, könnte und müßte unser Wirtschafts- und Sozialleben aussehen, wenn man immer gut gewollt und gehandelt hätte. Deshalb ist es höchste Zeit, daß sich energische Volksgenossen, vor allem Arbeiterorganisationen, ans Werk der christlichen Reformarbeit machen.

Soweit auch Sozialisten Reformen sein wollen, laufen unsere Wege vorläufig oft zusammen und die gemeinsame Arbeit wird auch dadurch nicht wesentlich gestört; daß sowohl die Ziele als auch die moralphilosophischen Weltgebanten weitverschiedene sind. Warum also in aller Welt der große Lärm? Was löst die Sozialisten unsere Welt- und Geschichtsauffassung, wenn sie sehen, daß wir tapfer zur Sozialarbeit ausmarschieren? Warum wirkt unsere Ausdrucksweise auf sie so sinnverwirrend, daß sie unter den ihnen unsympathischen Worten den Sinn so absolut mißverstehen? Ist man dort denn so wenig gebildet, daß man nur in eigener und parteilicher Formulierung einen Gedanken verstehen kann? Oder ist man gar so klein, uns absichtlich mißverstehen zu wollen? Welcher klar denkende und unbefangene Leser hätte wohl aus unserem Artikel „Standesunterschiede“ eine Verteidigung der heutigen Ungerechtigkeiten und eine Absage an der Arbeiter Bemühungen, ihren Stand zur Gleichberechtigung zu heben, erkennen mögen?

Schon daß wir bemerken, Gott habe die individuelle und soziale Verschiedenheit gewollt, geht der „Metallarbeiterzeitung“ auf die Nerven. Ja, leugnet denn der naturwissenschaftlich gebildet sein wollende Mitarbeiter des Blattes, daß solche Unterschiede tatsächlich in der menschlichen Natur begründet sind? Müchte er jedem Menschen gleiche Aufgaben aufbürden, z. B. den dümmsten, unerfahrensten, ungeschicktesten seiner Kollegen zum Verbandsvorsitzenden machen? Wüßte er in seiner Zukunfts-gesellschaft, falls er noch an eine solche glaubt, daß ohne Ansehen der Fähigkeit und Anlagen die verschiedenen Vornamen und Berufe verteilt würden? Die natürlichen Unterschiede hat doch seit den Zeiten des ersten Kommunismus niemand mehr ernsthaft in Abrede gestellt und gerade wie wir betonen die Sozialdemokraten immer, daß es ihnen bei ihren Zukunftsplänen vor allem darauf ankomme, jeden Mann an den richtigen Platz seiner Wirksamkeit zu bringen. Mit den Sozialisten beklagen wir, daß bei heutigen Standesvorurteilen, Besprivilegien, Bildungs- und Einkommensverhältnissen des Arbeiterstandes, vor allem aber durch Mißachtung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Nachkommen so manches große Talent verkümmern und auf der andern Seite so manches unberufene zu hoher, verantwortungsvoller Stellung gelangen kann. Wenn wir nun wie die Sozialisten die natürlichen Verschiedenheiten hervorheben und uns dieselben aus dem göttlichen Willen, eine Harmonie in der Vielheit zu schaffen, erklären, während die Materialisten die Tatsache der individuellen Unterschiede ohne Begründung in blinder Unterwerfung der Kräfte unter die Natur annehmen, so wäre darin doch kein Grund, uns anzugreifen, höchstens einer dazu, mehr Gründlichkeit und harmonische Weltanschauung von uns zu lernen.

Was wir in unserem Artikel zugunsten einer geistigen Fortbildung der Arbeiter und Begünstigung derjenigen Arbeiterkinder gesagt, die wissenschaftliche Berufe erwählen wollen, hat uns auch Ungnade zugezogen. Vielleicht geschah dies, weil wir vor einer Überhöhung der geistigen Arbeit warnten? Nun das müßte doch den Sozialisten gerade gefallen; sie betonen ja so verdienstlich den hohen Wert der körperlichen Arbeit und kämpfen oft mehr als nötig gegen gewisse Privilegien, die sich ihre Akademiker den Handarbeitern gegenüber herausnehmen wollen.

Wir sagten es, um festzuhalten, daß der Geistesarbeiter weder moralisch noch sozial höher stehen sollte als der Muskelarbeiter, daß die Gesellschaft beiden in dem Maße Dank zollen muß, indem sie jeder in seinem Beruf, ihre Pflicht erfüllen. Oder nimmt man uns übel, daß wir auch keine Ueberbildung der Arbeiter wollen? Von deren schlimmen Auswüchsen wüßte wohl jeder Gewerkschafter und sicher auch der Autor der „Metallarbeiterzeitung“ ein Klagegedicht zu singen, und die Sozialisten haben im allgemeinen eine sehr gesunde Verbtheit im Kleinriegen derartiger Leute, die die Arbeitersache nur stören und lächerlich machen.

Eins haben wir allerdings verbrochen; wir haben nichts von der Aufhebung der Stände, vom Sozialismus gesagt. Wir glauben nämlich, daß es in jeder, und sogar in der sozialistischen Gesellschaft, wenn immer sie Bestand haben soll, abgegrenzte und auf ihr Tätigkeitsgebiet spezialisierte Stände geben wird und geben muß. Wehe der Volkswirtschaft, die auf jede Sachkenntnis, jede Weltlichkeit, jede Spezialvorbildung verzichten müßte! In der sozialen Behandlung dieser Stände darf allerdings kein Unterschied sein, und zwar gilt dies uns nicht bloß für eine Zukunfts-gesellschaft, sondern das verlangen wir schon für heute. Vorbildung und Betätigung werden immer verschieden sein, aber die Gesellschaft wird sich daran gewöhnen müssen, die Arbeit als solche, gleichviel wo und wie und womit sie verrichtet wird, zu achten und jeden Stand gleich zu werten, soweit er nützliche Leistungen vollbringt.

Allerdings wird es Vorbedingung einer gesunden Wirtschafts- und Sozialentwicklung sein, daß jeder nicht nur seiner moralischen Bestimmung gemäß, sondern auch in Berücksichtigung seiner individuellen Fähigkeiten, der Willen und Kosten seiner Vorbildung, der Anforderungen, die an ihn von der Gesellschaft gestellt werden, entschädigt werde. Die Kommunisten tun dies nicht, wollen vielmehr für jeden Menschen, der nur eine bestimmte Zeit irgend etwas arbeitet, dieselbe Entlohnung resp. dieselbe Lebenshaltung. Aber gibt es denn heutzutage noch solche Kommunisten? Viele Sozialisten nehmen sogar für die so fern liegende Zukunfts-gesellschaft, an der man sich schließlich schon durch unpraktische Forderungen vergehen dürfte, den Kollektivismus statt des Kommunismus in Anspruch, d. h. sie wünschen, daß jeder dort nach individueller Leistung und Eigenart seiner Tätigkeit entlohnt werde.

In der Gegenwartskarbeit, wo sich der Utopismus noch weit mehr rächt, ist man erst recht nicht kommunistisch. Die Angestellten der sozialistischen Arbeiter-schaft, Gewerkschafts- und Genossenschafts-Berufe werden z. B. durchaus nicht alle gleich honoriert; es finden sich vielmehr zahlreiche Gehaltsabstufungen je nach dem Amte. Zwischen den höchsten und niedrigsten Gehältern klafft ein ganz unkommunistischer Unterschied. Oder vergleichen wir die Einkünfte eines genossenschaftlichen Geschäftsführers mit

Gegen die Schund- und Schundliteratur.

Die wie ein Gift an der sittlichen und materiellen Wohlfahrt des Volkes zehrt, muß jeder Menschensfreund mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Kampf aufnehmen. Auch in unserer Arbeiter-schicht müssen wir auf die großen Gefahren dieser Pestbeule am Volkshörper hinweisen, und den Arbeitern ihre geistigen Bedürfnisse die richtigen Wege zeigen. Von weltlichen und kirchlichen Behörden, von Organisationen und der anständigen Presse wird der Kampf gegen die Hintertreppensliteratur erfreulicherweise allmählich ernsthafter aufgenommen. Einige Verlautbarungen seien nachfolgend verzeichnet:

Der Kultusminister wünscht, daß in ernster Weise die Schund- und Schundliteratur bekämpft werden soll. Er hat vor einiger Zeit den Regierungspräsidenten die Mitteilung gemacht, daß in Bannort der Gemeindevorstand und die Jugendschichtkommission des Lehrervereins wirksame Flugblätter gegen die Schund- und Schundliteratur herausgegeben haben. Der Minister spricht seine Freude über dieses Vorgehen aus, und, indem er die Flugblätter den Regierungen überreicht, beugt er die Erwartung, daß anderswo die Ortsbehörden und die Bürger-schaft in ähnlicher Weise vorgehen werden.

Der hiesige Oberbürgermeister hat folgenden Erlaß über die Bekämpfung der Schundliteratur herausgegeben: „Die Verbreitung der sogenannten Schundschriften hat einen Umfang erreicht, der ernstliche Bedenken erregen muß. Sie trüben und fälschen das Bild des wirklichen Lebens, sie verwirren die gesunde Empfindung für Recht und Unrecht und schaffen einen Boden, in dem späterhin die Reime sittlicher Verirrungen, ja sogar verbrecherischen Tuns gar wohl gedeihen können. Am Kampf gegen die unheimlichen Schundliteratur ist die Schule in hervorragender Weise beteiligt. Neben der Aufklärung der Schüler über die innere Wertlosigkeit und die gesundheitlichen Gefahren dieser Schriften sind neben geeigneten Warnungen auch alle möglichen Arbeit einzugreifen haben. Es wird sich ganz besonders darauf zu

richten haben, daß das natürliche Lesebedürfnis der Schüler in ausgiebigem Maße befriedigt wird und zwar durch Schriften, die ihrem Inhalt nach nicht zu beanstandeten und gleichzeitig geeignet sind, die Jugend in ihrem Willen und Entschlossen zu fördern und aus den Begiernissen der Phantasie eine gesunde Nahrung zu geben. Dieses Ziel wird sich erreichen lassen, wenn die Lehrer den Eltern der gegebenen Gelegenheit mit sachkundigem Rat zur Hand gehen, wenn sie in ihrem Unterricht die Gelegenheiten für sachgemäßen Hinweis benützen, vor allem aber, wenn für den Ausbau und die Ausnützung der Schülerbibliotheken recht lebhaft gesorgt wird.“

Gegen die Schundliteratur richtet sich eine Verfügung der Düsseldorf-er Regierung, in der die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister ersucht werden, sich die Bekämpfung des Schundes in Wort und Bild besonders angelegen sein zu lassen. Der Ueberwachung der Zeitungskasse und der kinematographischen Darbietungen und Vorstellungen soll noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Leiter der Fortbildungsschulen sind zu veranlassen, durch Belehrung der Schüler hebelet die Gefahr bei Erteilung des Unterrichts oder bei Veranlassungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge dem schlechten Einfluß der Schundschriften entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite soll alles aufgeboten werden, um der heranwachsenden Jugend durch Errichtung von Schülerbibliotheken guten Lesestoff zuzuführen und durch Pflege von Spiel und Sport sie körperlich und sittlich zu fördern. Wegen der Errichtung von Bibliotheken soll demnächst eine besondere Verfügung ergehen.

Die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens schreibt in einem Aufruf gegen die Schundliteratur u. a. folgendes: „Schon die Väter, wenn man die wüste Gartenhecke überhaupt so bezeichnen kann, reizten die Phantasie der leichtgläubigen Jugend zu unersättlicher Neugier. In der Jugendzeit der unerschütterlichen Menschen so sehr, daß sie die Unmöglichkeit, die Herrlichkeit des Dargestellten gar nicht erkennen. Den Bildern entspricht der Inhalt ihrer Botschaft. Die Schundliteratur ist eine Anbahnung von Un-

teuern, von Grauel- und Mordtaten. Der Hauptreiz der Beste besteht darin, daß geprügelt, geklopft und geschossen aber sonst irgend etwas Aufregendes, ja meist Verbrechenreiches getan wird. Dabei muß natürlich immer Blut fließen. Die Phantasie der Kinder wird überreizt, der Sinn für Wirklichkeit und Würde zerstört. Ihr Geschmack wird verdorben. Die Kinder werden unfähig zum Genuß guter Bücher, ihr innerer Sinn verwildert. Ja, in den meisten Fällen werden sie roh und brutal. Deshalb ist es bründ nötig, daß jeder an seinem Teile dazu beiträgt, dem Ankauf und Vertreibung von Schundliteratur entgegenzuarbeiten.“

Soweit der Aufruf. Aber mit der Veröffentlichung dieser Wahrheiten allein ist es nicht genug, das hilft wenig, wenn keine praktische Gegenarbeit unter dem Volke und in den Häusern geschieht. Darum betonen wir: Man unterstütze tatkräftig die Einrichtungen, welche im Sinne einer guten Bücherverbreitung tätig sind.

Von Danabrick wurde der „Germania“ vor einiger Zeit geschrieben: Bei einem Schulkinde fand ich eine Menge 10-Pfennig-Gefte, betitelt: „Jungensreiche Klüpeleien, Geheimnisse und Abenteuer unserer Jugend“. Welche Klüpeleien und Abenteuer da aber für 10 Pf. den Kindern geboten werden, geht aus dem Titel der einzelnen Gefte hervor: 1. Band: „Der Geheimbund der Sieben“. Das Umschlagsbild zeigt schon den Inhalt an. Sieben Anabert von 9-14 Jahren schwören auf einen Totenkopf, die Finger zum Schwur erhoben, sich in jeder Gefahr beizusetzen. Andere Gefte sind betitelt: „Die Falschmünzerverkäufer im Kloster“, „Eine Nacht in der Wollschle“, und dergleichen Schauer-geschichten und Moritaten. Auf der Rückseite des Geftes wird gebeten um Mitarbeit der Leser. Diese müßten doch selbstlebte Strafen niederschreiben und einpenden. 25 der besten Arbeiten — ob form- oder inhaltsmäßig, daraus komme es nicht an — würden prämiert. Wie die Sache bei den Schulkindern steht, geht schon aus einer kleinen angehängten Erzählung eines Mädchens heraus. Sie lautet: „Ich habe mir ein Buch gekauft, das nur Jungens-reiche betitelt ist, und das hat mich als Mäd-

denen einer Verkäuferin oder eines Warenhausaus-trägers usw. weit entfernt, den Leuten daraus einen Vorwurf zu machen, konstatieren wir dies nur als kluge Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse eines wirtschaftlichen Gemeinwesens.

Den Unternehmern gegenüber hat man allerdings kommunisistische Forderungen länger aufrecht erhalten wollen, als im eigenen Betriebe. So wurde ja lange Zeit die Abschaffung der Akkordarbeit, die gleiche Entlohnung der Hilfsarbeiter und Qualifizierten usw. verlangt. Heute gibt man in aller Stille in einem Beruf nach dem anderen diese Wünsche preis, weil man ihre Undurchführbarkeit, vielleicht auch ihre Ungerechtigkeit einseht. Die Sozialisten sind überhaupt viel klüger als ihre offiziellen Kundgebungen ahnen lassen, und es wäre einer so starken Arbeitergruppe wirklich würdiger, wenn sie sich ihrer Vernünftigkeit nicht mehr schämten, weil sie ein Prinzipienberieser ist. Gönnten sie sich erst selber die Unnehmlichkeit wirklich brauchbarer Theorien, so wären sie vielleicht auch nicht mehr so gehässig gegen die Lehren anderer Leute, die sich als praktischer Wegweiser betätigt hat.

Freiheit des Arbeitsvertrags und Arbeitsnachweis.

Unser Wirtschaftsleben beruht im allgemeinen auf dem Grundfahne der freien Erwerbstätigkeit. Ein Recht auf Arbeit ist weder dem Unternehmer noch dem Arbeiter garantiert. Jeder muß selbst sehen, wo und wie er Arbeit und Unterkommen findet. Die Proklamierung des Grundfahnes von der vollständigen wirtschaftlichen Freiheit hat den erwarteten wirtschaftlichen Fortschritt vieler nicht gebracht. Vollste, ungeschmälerte Freiheit bedeutet das Recht des Stärkeren; so auch im Wirtschaftsleben. Die Individualisten, die Vertreter des liberalen Wirtschaftssystems, wollten die Arbeit frei machen, und haben sie unter das Joch des Kapitals gebeugt; sie wollten schrankenlose Freiheit, und haben die schmächtigste Knechtschaft erzeugt.

So gelchnete vor Jahren der geistreiche Professor der Nationalökonomie E. Marlo die Situation auf dem Wirtschaftsgebiete im Zeichen der Gewerbefreiheit. Die Arbeit, welche zum Lebensunterhalt erforderlich ist und deshalb den Menschen ganz in Anspruch nimmt, war allen und jeden Zeitpunkten ausgesetzt. Der Arbeitsvertrag war „frei“, aber der einzelne Arbeiter konnte seine Freiheit nicht zur Geltung bringen, gegenüber dem starken Arbeitgeber. Schon bei Festlegung der Arbeitsleistung und der Lohnhöhe, bei den Vereinbarungen über die Erfüllung und Auflösung des Arbeitsvertrags mußte der Arbeiter ins Hintertreffen geraten. Die beherrschten Gesellen und Arbeiter bildeten deshalb Vereinigungen, sie traten in Organisationen zur gemeinsamen Wahrung ihrer Rechte zusammen, mit nur teilweisem Erfolge.

Mit dem Wachsen der Fabrikbetriebe und der immer mehr in Erscheinung tretenden Benachteiligung, ja Ausbeutung der Arbeiterschaft, sah endlich auch der moderne Staat sich bewegen, Arbeiterschutzgesetze zu erlassen, besondere Regeln auch über den Abschluß des Arbeitsvertrags aufzustellen. Die Festlegung der Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmer und Arbeiter ist nach wie vor frei. Es sind jedoch bei dem Abschluß und der Erfüllung des Arbeitsvertrags die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, so jene über die Lohnzahlung, die Arbeitsleistung, die Arbeitszeit, das Kündigungsrecht u. z. zu erfüllen.

Trotz Arbeiterschutzgesetze mit Freiheit der Koalition, trotz der gesetzlich garantierten Freizügigkeit ist der Arbeiter wirtschaftlich nicht frei. Das Koalitionsrecht der Arbeiter, deren Freizügigkeitsrecht kann beschränkt werden durch die Arbeitgeber. Die Anwendung der Sperre, der schwarzen Listen, geheime Qualifikation, die Nichtbeschäftigung organisierter Arbeiter sind die Mittel, welche die Unternehmer in Anwendung bringen, um die Arbeiter in Notmäßigkeit zu halten, sie in der Ausübung gesetz-

lich gewährleisteter Rechte zu beschränken. Zu diesem Zwecke dient vielfach auch der Arbeitsnachweis.

Zu der Regel fehlt es im allgemeinen der Industrie und dem Gewerbe nicht an Arbeitskräften; sie sind oft nur zeitlich und örtlich ungleich an Zahl vorhanden oder verteilt. Ist Mangel an einheimischen Arbeitskräften, so sind die Unternehmer in der Lage, dank der modernen Verkehrsmittel, Ausländer heranzuziehen. Seitdem Warenherstellung und Warenabsatz nicht mehr wie früher, nach lokalen Bedürfnissen sich regelt, sondern nach der Lage des Weltmarktes mitbestimmt wird, entstehen oft große Schwankungen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Diese Umstände verhelfen dem Unternehmer zu einer gewissen bevorzugten Stellung gegenüber dem Arbeit und Wrot suchenden Arbeitnehmer. Er nimmt jene Arbeitskräfte, die ihm gefallen und lehnt die andern ab. Mißliebige Arbeiter können so förmlich auf den Aussterbetag gesetzt werden, insbesondere dann, wenn die Unternehmer die Arbeitsnachweise in Händen haben. Ein geheimes Zeichen auf dem Entlassungsschein oder Zeugnis genügt, um den Inhaber desselben zu brandmarken, ihn von der Arbeitsvermittlung auszuschließen. Wer den zentralisierten Arbeitsnachweis in die Hände bekommt, hat die Herrschaft auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeiter können durch ihn beliebig hin- und hergeschoben, von einem Industrieort zum andern gebracht oder auch zurückgehalten werden.

Hier zeigt sich der innige Zusammenhang zwischen Arbeitsnachweis und Koalitionsrecht. Jeder zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter geführte Streik muß ergebnislos verlaufen, wenn es dem Unternehmer gelingt, die streikenden Arbeiter durch andere zu ersetzen. Haben die Unternehmer den Arbeitsnachweis völlig in der Hand, so wird es ihnen ein leichtes sein, Arbeitskräfte von da oder dort her zu erhalten. Die Androhung, vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen zu werden, bringt manchen Arbeiter dazu, sich gegen seine kämpfenden Arbeitsbrüder gebrauchen zu lassen, nicht zuzugende Stellen einzunehmen, sich alles gefallen zu lassen. Der Arbeitsnachweis ist also unter Umständen ein Mittel, die Freiheit oder die Gleichheit des Arbeitsvertrags wie auch das Koalitionsrecht ganz erheblich einzuschränken, ja aufzuheben.

Das ist auch der Zweck der meisten von den Arbeitgebern ins Leben gerufenen Arbeitsnachweise. Der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Herr Dr. Dalar Martens, hat bereits im Jahre 1898 eine diesbezügliche Rede gehalten und dabei u. a. gesagt: „Der Umstand, daß die Arbeiter nur durch das Bureau (des Arbeitgebernachweises) Arbeit bekommen können, hebt das Ansehen des Nachweises in den Augen der Arbeitssuchenden ganz außerordentlich. Einmalige Dyonierende werden hierdurch meist bald gefügig gemacht, und auch andere Nebenzwecke können erreicht werden. Der Arbeitsnachweis soll nicht nur seine nächstliegende Aufgabe, je nach Bedarf mit möglichster Schnelligkeit passende Arbeitskräfte besorgen, sondern auch einen Damm gegen den Ansturm der fest organisierten Arbeiterschaft bilden; er soll Schutz gewähren gegen Streik-Epidemien, Boykott und Verurteilungen.“

Auf der Arbeitsnachweis-Konferenz des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände in München am 4. September 1908 führte Herr Dr. Flehner-Stettin als Referent wörtlich aus:

„Die beiden Hauptgründe, die für die Einführung der Nachweise auch in die gemischten Arbeitgeberverbände sprechen, sind aber die Erleichterung der Kontrolle über die streikenden und ausgesperrten Arbeiter und die Stärkung der Macht des betreffenden Arbeitgeberverbandes. Ohne Nachweis ist eine Kontrolle nach den bisherigen Erfahrungen sehr schwer durchzuführen trotz aller Vorkehrungen, die in den verschiedenen Verbänden in dieser Richtung getroffen sind. Ohne Arbeitsnachweis besitzt aber vor allem der Verband nicht die Macht, um den Kampf gegen unberechtigte Forderungen der Arbeiterschaft erfolgreich durchzuführen. Der Zusammenschluß der Arbeitgeber nur mit dem einen Nachmittels, bei Streiks und Aussperrungen streikende und ausgesperrte Arbeiter nicht einzustellen, kann allein

nicht genügen, kann vor allem dem einzelnen Wert keinen ausreichenden Schutz gewähren.

Die immer weitere Ausdehnung der Nachweise in den gemischten Verbänden ist auch im allgemeinen Interesse der Industrie dringend erwünscht; denn nur dann, wenn außer den Branchenverbänden auch die gemischten Industrien eigene Nachweise besitzen und sich somit am letzten Ende ein großes, weit verzweigtes Netz von Arbeitsnachweisen über das ganze Reich erstreckt, können die dem Arbeitsnachweis zugehenden Aufgaben wirklich erfüllt werden, wird es insbesondere möglich sein, Ueberfluß und Mangel an Arbeitskräften nicht nur im begrenzten lokalen Rahmen, sondern über das ganze Reich hin auszugleichen und so zu einer Ueberwindung des gesamten Arbeitsmarktes zu gelangen.“

Aus der illustrierten Versammlung heraus wurde diesen offenen Darlegungen über das, was mit den Arbeitsnachweisen bezweckt werden soll, kein Widerspruch entgegengebracht. Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrat Mentz-Mona, betonte vielmehr noch, mit gefühlvollsten Momenten dürfe die Arbeitsnachweisfrage nicht verquittet werden, sie müsse durch die Arbeitgeberverbände gelöst werden. Dem folgte Dr. Scheffner-Berlin bei: Der Arbeitsnachweis gehört den Arbeitgebern und darf unter keinen Umständen den Arbeitern überlassen werden.

Die hier wiedergegebenen Äußerungen aus Industriellenkreisen bestätigen das vorher an dieser Stelle Gesagte. Man wird es begreiflich finden, wenn diesen Streikversuchen der Unternehmer gegenüber die Arbeiter und die Gewerkschaften Stellung nehmen und ihrerseits den Arbeitsnachweis in die Hand zu bekommen suchen. Die Arbeiter haben ein gutes Recht auf den Arbeitsnachweis; sie sind es, welche ihre Arbeitskraft verkaufen, ihre Haut auf dem Markte des Industrialismus zur Ausstellung bringen müssen. Die Arbeiter müssen deshalb ganz entschieden fordern, daß ihnen eine ganz besondere Einsubnahme auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes eingeräumt wird.

Die Arbeitgeber, besonders aber die großen Arbeitgeberverbände trauen sich dagegen, wie gezeigt, mit aller Gewalt. Sie zwingen durch Konventionalkrafen die Mitglieder ihrer Verbände zur Benutzung nur des Arbeitgebernachweises. Es sind dieserhalb in den letzten Monaten eine Reihe von Streikfällen entstanden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; so in der Metallindustrie, im Baugewerbe u. z. Teilsweise übten die Arbeitgeberverbände auf ihre Mitglieder einen solchen Terror aus, daß viele Arbeiter, nicht so wie beim Arbeitnehmer, durchwegs eine unparteiische, öffentliche Arbeitsvermittlung herbeiführen.

In der Tat kann der Streit auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises nur durch öffentliche Arbeitsämter unter Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitern aus der Welt geschafft werden. Die Gewerkschaften aller Nationen sind bereit, die Hand zum Frieden zu bieten und sich an den solcher Art geschaffenen und zu schaffenden paritätischen Arbeitsnachweisen rüchellos zu beteiligen. Zahlreiche Arbeitgeber stehen auf demselben Standpunkte. Es ist nun Sache der öffentlichen Körperschaften, der Gemeinden und des Staates auf diesem Gebiete weiter vorzugehen. Die große Bedeutung, welche dem Arbeitsnachweis in der Volkswirtschaft und in der sozialen Bewegung unserer Tage zukommt, rechtfertigt den Ausbau, insbesondere der kommunalen paritätischen Arbeitsnachweise mit Hilfe der Staatsgewalt. Die obersten Staatsbehörden der einzelnen Länder des deutschen Reichs haben schon bisher die Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise zu fördern gesucht. Angesichts des den sozialen Frieden stark gefährdeten Vorgehens der Industriellen muß noch mehr geschehen: Regelung und allgemeine Einführung des öffentlichen Arbeitsnachweises durch die Gesetzgebung. S. B.

Zur Lage der Arbeiter in der Gemischten Industrie.

Die Gemischte Industrie Deutschlands hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem mächtigen Industriezweig entwickelt. Der gewaltige Aufschwung derselben findet den besten Ausdruck in der Tatsache, daß sie im Jahre 1906 einen Umsatz im Werte von 120 Millionen Mark, gegen einen solchen von 88 Millionen Mark im Jahre 1889, hatte. Der Wert der Gemischten Industrie betrug im Jahre 1904 413 Millionen, gegen 240 Millionen Mark im Jahre 1894.

Die Rentabilität der Werte steht in Deutschlands Industrie mit an erster Stelle, wurde doch im Jahre 1900 schon an durchschnittlicher Dividende 11,68% verteilt. Eine große Anzahl Unternehmungen konnte in den letzten Jahren Dividenden in Höhe von 15, 20 und 30% ausschütten. Die Lage der in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeiter steht indes im umgekehrten Verhältnis zu der glanzvollen Stellung und Entwicklung der Industrie. Die Arbeitsmethode hat sehr vieles gemeinsam mit der Arbeit in den Hochöfenwerken. In flackernder Hitze, in von Staub, Dünsten und Gasen aller Art durchdrangener Luft, zum Teil in Wind und Wetter im Freien muß der Arbeiter tätig sein.

Die unausgesetzte technische Entwicklung der Gemischten Industrie fördert immer neue Produkte zutage, bei deren Herstellung die gesundheitschädlichen Wirkstoffe immer häufiger und bekannt sein dürften. Dabei ist die Arbeitszeit eine durchaus unregelmäßige und lange. 24stündige Schichtarbeiten sind an der Tagesordnung und es kommt nicht selten vor, daß Arbeiter 36 Stunden hintereinander arbeiten müssen. Es liegt die unabweisbare Notwendigkeit vor, den Arbeitsverhältnissen in dieser Industrie eine große Aufmerksamkeit zu widmen, die Gesamtlage der Arbeiter und die große Zahl, die in diesem Industriezweig tätig sind, erfordern dies.

Im Jahre 1906 beschäftigte die Gemischte Industrie in 2612 Anlagen insgesamt 125.906 Arbeiter, davon waren 108.204 männliche und 17.702 weibliche Arbeiter im Alter von über 21 Jahren, 7084 Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren; junge Leute im Alter von 14 bis 16 Jahren männliche 3765, weibliche 2235. Kinder

den doch auch Streiche gemacht. Mit einer Freundin hätte sie auf dem Wege gefangen zum Schreden der unter liehenden Zuschauer. Diese Rüpelien, Geheimnisse und Abenteuer erscheinen im Verlage moderner Verlage bei M. Lehmann in Berlin S. 14. Geht eine solche Verherrlichung der Rüpelien und Streiche nicht, die Jugend systematisch zu Rüpelien und Völlereien erziehen! Haben die Eltern nicht schon ohnedies Last genug, ihre Kinder vor tollen Streichen zu hüten, die sie aus sich schon machen können! Aber Geschäft! Das Geschäft entschuldigend alles, mag darüber die ganze deutsche Jugend zugrunde gehen.“

Zu der literarischen Weltlage der „S. 1. N. S. 1. S. 1. S. 1.“ (Dr. S. geht Herr Dr. Kausse (Münster) scharf gegen die Schundliteratur vor. Er verweist darauf, daß es auch in früheren Jahrhunderten Ransich- und Schundliteratur gegeben habe und fährt dann fort:

„Unverhüllt bleibt ein Unterschied zwischen der heutigen und damaligen Hintertreppenliteratur nicht zu verkennen. Früher waren ihre Verfasser Männer, die wenigstens teilweise offen ihre Autorschaft bekannnten, oft sogar stolz auf ihre Leistungen waren und die Bewunderung ihrer Mitwelt als wohlverdienten Lohn selbstbewußt in Empfang nahmen. Es waren Männer in angelegenen Stellungen, und man wird ihnen nicht unterschiedslos den Vorwurf machen können, daß ihnen ihr literarisches Handlungsgut als verderblich und schädigend bewußt gewesen sei. Das wissen unsere heutigen Fabrikanten herabwürdiger Romane ganz genau, es sind meistens ganz ungebildete Menschen, die es nur selten wagen, mit ihrem wahren Namen vor ihr Publikum zu treten. Früher aber wie heute spekulieren diese Produkte auf ungesunde Instinkte der breiten Massen, auf ungezügelte Phantasie, übertriebene Neugierde, oberflächliche Melancholie und zuletzt doch nicht zumindst auf Sinnlichkeit und Düsternheit; nur daß das alles jetzt sich nackter, krasser, deutlicher gibt.“

Warum? Weil die geistige Stufe der Väter dieser Romane stetig am Sinken ist. Die Elemente, die vor hundert und mehr Jahren an der damaligen Schundliteratur, als der ihrer geistigen Höhe entsprechenden, sich erfreuten, sind längst durch die stetig steigende Allgemeinbildung und unserer modernen Schulverhältnisse für eine bessere, wenn auch nicht die beste, Literatur gewonnen worden. Die stets vorwärts bringende Kultur hat ganze Volksschichten auf eine höhere literarische Basis gehoben, und die vergrößerte Anzahl der Druckereien, die Willigkeit auch wertvoller Bücher, gibt diesen Kreisen Gelegenheit, ihr Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnis in guter und gesunder Weise zu befriedigen.

Hier liegt auch der einzige, gangbare Weg zum Kampfe gegen die Hintertreppenromane: rastlose Arbeit an der geistigen Hebung des Volkes. Dann wird und muß es gelingen, immer wieder die gebildeteren aus diesen ungebildeten Elementen von der Schundliteratur herüberzuziehen zu gesunder geistiger Nahrung; und dabei darf uns auch der Gedanke nicht entmutigen, daß ein endgültiger Sieg vielleicht niemals unser sein wird. Stets werden nämlich von unten her wieder neue Kreise nachdrängen, deren Vorbildung und geistigem Niveau diese Seklir nicht nur genügt, sondern gerade entspricht, die deshalb Besseres nicht verlangen. Und daß einer solchen Nachfrage stets ein entsprechendes Angebot gegenübersteht, ist zwar beschränkend für uns, aber gewiß.“

Wären die Arbeiter allen Kolportageuren mit zweifelhaften Literaturzeugnissen ohne weiteres die Türe zeigen und ihr fauerberdientes Geld für bessere Zwecke verwenden. Der christlichen Arbeiterschaft stehen die Blököthen der Berufsverbände und konfessionellen Kreise zur Verfügung und über ein noch weitergehendes Bedürfnis in dieser Beziehung hat, dem werden die verantwortlichen Leiter der Korporationen mit Arg und Tat stets gern zur Seite stehen.

unter 14 Jahren 56 männliche und 88 weibliche. Im Jahre 1908 wurden in der chemischen Industrie insgesamt 114 426 Arbeiter beschäftigt; danach ergibt sich ein Zuwachs in vier Jahren von 19381. Die Zahlen sind zweifellos fortwährend im Steigen begriffen, zurzeit dürften gewiß von 160 000 Arbeiter in Deutschlands chemischer Industrie beschäftigt sein. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen sich im Jahre 1908 die Betriebe und Arbeiter wie folgende Aufstellung veranschaulicht:

Bundesstaat	Zahl der Betriebe	Zahl der jugendliche Arbeiter	Zahl der erwachsene Arbeiter	Insgesamt
Königreich Preußen	1 609	8 749	78 881	82 577
" Bayern	259	839	18 326	19 165
" Sachsen	249	258	6 058	6 316
Württemberg	85	114	2 448	2 562
Großherzogtum Baden	78	881	4 398	4 779
" Hessen	87	288	8 847	9 135
Uebrige Bundesstaaten	845	518	18 759	19 277
	2 612	6 139	127 667	133 806

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie umfaßt 8 Sektionen, und zwar mit dem Sitz in Berlin, Dresden, Hamburg, Köln, Leipzig, Mannheim, Frankfurt a. M. und Nürnberg. Köln als die stärkste Sektion umfaßt 1908 38 410 Vollarbeiter. — Ein Einblick in die

Sozialverhältnisse

dieser Arbeiterkategorie zeigt, daß die Löhne keineswegs der langen und aufreibenden Arbeit entsprechen. Der Durchschnittslohn stellt sich nach der Ermittlungen der Berufsgenossenschaft im Jahre 1905 auf 1026 Mark pro Vollarbeiter bei 300 Arbeitstagen, oder einem Tagesverdienst von 3,44 Mark. Im Jahre 1908 betrug der Jahresdurchschnittsverdienst pro Vollarbeiter 1074 Mark, oder pro Tag 3,74 Mark. Fallen diese Ermittlungen in die Zeit der allgemeinen Hochkonjunktur, so dürfte die nachfolgende wirtschaftliche Depression an der Reduzierung derselben wesentlich beigetragen haben.

Ein richtiges Bild von den tatsächlich gezahlten Löhnen geben die Ermittlungen der Berufsgenossenschaften nicht. Eine ungeheure Verschiedenartigkeit der Löhne tritt auch hier in die Erscheinung. Im Bericht der preussischen Gewerbeämter für das Jahr 1908 sagt der Gewerberat für Posen, daß Arbeiter an den Oefen und Kammern der Schwefelsäurefabriken nur mit einem Tagelohn von 3,15 Mark bezahlt werden, während an der Arbeit im Freien an der Affordlohn gezahlt wird, täglich 6—6,50 Mk. verdient wird. Dabei hebt der Bericht hervor, daß die Arbeiter nach zweimöndlicher Arbeit an den Oefen eine Woche lang im Freien arbeiten, um bei der Arbeit im Freien wieder frische Luft einatmen zu können. Demnach verdienen die Arbeiter an der gesundheitschädlichsten Arbeit am wenigsten. Eine größere Fabrik in Schminnen am Rhein zahlt im Jahresverdienst den Tagesdurchschnittsverdienst pro Arbeiter im Jahre 1906 auf 3,36 Mark und im Jahre 1907 auf 3,41 Mark an. — Die

Arbeitszeit

ist durchweg eine unregelmäßige. Da in den meisten Zweigen der chemischen Industrie sich der Produktionsprozess ununterbrochen vollzieht, beträgt die Arbeitszeit für diese Arbeiter 12 Stunden pro Tag. Bei Wechschicht kommt teils die 12stündige Schicht in Betracht, in den meisten Fällen beträgt jedoch die Wechschicht 24 Stunden. Sofern die Abführung fehlt, muß der Arbeiter zudem 36 Stunden hintereinander arbeiten. Maschinen- und Reparaturarbeiter haben vielfach mit Ueberstunden zu rechnen. Der größte Krebschaden ist zweifellos die überlange Arbeitszeit und die 24stündige Wechschicht. Letztere kommt fast regelmäßig vor in den Fabriken zur Gewinnung von Ammoniak, Ammoniumsulfat, Benzol, Salz- und Salpetersäure, ferner in Fabriken zur Herstellung von Ammoniakoda, Zinkweiß, Lithophone, Wassergas, Ultramarin, in Leerfarbstoffabriken, Sprengstoffabriken, in Kupfer-, Zinkhütten usw.

Im Bezirk Breslau haben von 6 Ammoniakfabriken 3 die 16stündige Wechschicht eingeführt. Der Bericht des Breslauer Gewerbeamtes sagt wörtlich: „In den zur chemischen Großindustrie gehörigen Betrieben sind für Kessel- und Maschinenwärter, die Röst- und Kalzinierarbeiter, die Bedienungsmannschaften der Schwefelsäurekammern und Chlorapparate, die Arbeiter der Salzsäure- und Sulfatfabriken 24stündige Wechschichten die Regel.“ Nur eine einzige Fabrik läßt in richtiger Würdigung des schweren Dienstes schon seit etwa 10 Jahren wenigstens die Kesselwärter nur 12stündige Schichten verfahren.“

Im Bezirk Düsseldorf wurden in 46 Betrieben 6553 Arbeiter beschäftigt; von diesen mußten 717 oder 11% regelmäßig 24stündige Wechschichten verfahren. In 8 Kupfer- und Zinkhüttenbetrieben mit 1152 Arbeiter wurden von diesen 247, also 21% regelmäßig zu 24stündigen Schichten herangezogen. Im Regierungsbezirk Köln wurden in 9 Betrieben, in denen insgesamt 857 Arbeiter beschäftigt waren, ermittelt, daß 516 davon regelmäßig mit Tag- und Nachtschicht arbeiteten und von diesen 400 an jedem zweiten Sonntag die 24stündige Wechschicht verfahren.

Die Berichte der Gewerbeämter von Gumbinnen und Potsdam besagen: „Die Abschaffung der 24stündigen Wechschicht (2. S.) ist mehrfach an dem Widerstande der Arbeiter gescheitert, die es meist vorziehen, einen um den anderen Sonntag 24 Stunden lang zu arbeiten, wenn sie dafür an den anderen Sonntagen volle 24 Stunden von jeder Arbeit freibleiben, da sie dann die vollen freien Sonntage zum Schlafen und Erholen ausnützen können. Auf Drängen der Arbeiter haben daher die Betriebsleitungen die angeführte 18stündige Wechschicht abgeschaffen und zur 24stündigen zurückkehren müssen.“ Von Regensburg wird berichtet: „Von den Arbeitern wird die 24stündige Schicht weder als zu anstrengend noch sonstwie als nachteilig empfunden, obgleich die Brenner, Ofenarbeiter, Kesselheizer nicht nur gleichmäßig arbeiten müssen, sondern auch gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind.“

Zweifellos ist infolge der anstrengenden Tätigkeit das Empfinden der Kollegen schon so abgestumpft, daß dieselben das Tempo ihrer Beschäftigung gar nicht mehr erkennen. Nicht treffend schmeichelt der Gewerbeamt für Magdeburg die Situation, indem er schreibt: „Arbeiter, die solche Schichten regelmäßig alle 14 Tage leisten müssen

um dafür an den dazwischen liegenden Sonntagen eine 24stündige Arbeitspause zu erlangen, kommen niemals im Genuß einer genügenden Arbeitsruhe.“

Ohne Zweifel stehen in ursächlichem Zusammenhang mit der langen Arbeitszeit die erschreckend hohen

Krankheitsziffern

Diese gewähren einen sehr reichen Einblick in das traurige Los dieser Arbeiter. In den Akkumulatoren-, Bleiweiß-, Mennigefabriken, ferner in den Blei- und Silberhütten sind Bleierkrankungen, Bleivergiftungen, ferner Darm- und Magenkatarrhe sehr häufig. Gleichfalls kommen Hauterkrankungen, Erkrankungen der Atmungs- und Verdauungsorgane, sowie Anilinderkrankungen sehr häufig vor. Bei der Firma Weiler-ter-Meer in Köln-Ehrenfeld kamen auf 100 Arbeiter im Jahre 1907 56,3 Erkrankungsfälle mit 18,2 Krankheitstage pro Erkrankungsfall. Bei der Firma Leinbender u. Co. kamen auf 100 Arbeiter 75,2 Krankheitstage und 19,8 Krankheitstage pro Arbeiter. Bei der Betriebskrankenkasse der Firma Loelle vom Hofe in Köln-Deutz kamen sogar auf 100 Mitglieder 100 Krankheitstage mit 13,7 Krankheitstagen pro Mitglied.

In der Draubacher Blei- und Silberhütte in Draubach am Rhein sind bei einer durchschnittlichen Belegschaft von 400 Mann 52 Fälle von Bleierkrankungen mit 1131 Krankheitstagen vorgekommen. Eine Bleiweiß- und Mennigefabrik im Bezirk Breslau hatte bei einer Belegschaft von 76 Mann 34 Bleierkrankungsfälle mit 406 Krankheitstagen. In der Betriebsabteilung einer großen chemischen Fabrik im Bezirk Wiesbaden, in welcher Zwischenprodukte für die Farbstoffindustrie, besonders Nitro- und Anilinderivate, im großen hergestellt werden, sind in letzter Zeit zahlreiche Intoxikationserkrankungen (Intoxikation ist Vergiftung unbestimmter Art) vorgekommen. Unter einer Gesamtbelegschaft der Betriebsabteilung von 251 Mann, von denen aber ein großer Teil gar nicht mit den gesundheitschädlichen Substanzen in Berührung kommt, sind 33 Intoxikationen mit 500 Krankheitstagen festgestellt worden. Die ungünstigeren Gesundheitsverhältnisse in dieser Betriebsabteilung sind auch aus den höheren allgemeinen Erkrankungsziffern der Arbeiterschaft ersichtlich. Während durchschnittlich auf jeden Arbeiter der ganzen Fabrik 0,97 Krankheitstage und 14,66 Krankheitstage entfallen, kommen auf jeden Arbeiter des Anilinbetriebes 1,74 Krankheitsfälle und 23,48 Krankheitstage. Auf je 100 Mann des Gesamtbetriebes kamen 10,4 Hauterkrankungen und 17,4 Erkrankungen der Verdauungsorgane; auf je 100 Mann der Anilinabteilung kamen 41,8 Hauterkrankungen und 45,4 Erkrankungen der Verdauungsorgane.

In einer Gummiabrik im Bezirk Bielefeld mit 17 Arbeitern erkrankten 11 zum Teil recht schwer an Anilinderkrankungen. Der dortige Gewerbeinspektor wandte in anerkennenswerter Weise ein Rehabilitationsmittel an, durch das eigenartig nur der Wechschicht gegeben ist, die verheerenden Wirkungen dieser Arbeit hinten zu halten. Im Besonderen heißt es: „Da sich die mechanischen Abgabevorrichtungen, mit denen sämtliche Extraktionskessel versehen waren, nicht als ausreichend erwiesen hatten, um die Vergiftung zu verhindern, wurden für diese Betriebsabteilung weitere Schutzmaßnahmen getroffen, die in der Herabsetzung der Dauer der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden, regelmäßig vorzunehmender ärztlicher Untersuchung der Arbeiter und mehrerer Reinlichkeitsvorschriften bestehen.“

Die überaus traurigen gesundheitschädlichen Zustände in den Thomaschlackenmühlen veranschaulicht der Gewerbeamt für Düsseldorf in nachstehender Uebersicht von vier Betrieben:

Anlage	Jahr	Zahl der im Ganzen beschäftigten Arbeiter		Gesamtzahl der Erkrankten		Zahl der Erkrankungen der Atmungsorgane		Zahl der Arbeiter, die infolge von Ausbleiben u. s. w.
		im Ganzen	im Wechschicht	Erkrankungen	Krankheitstage	Fälle	Tage	
1.	1907	183	76	54	602	23	258	1
	1908	214	92	46	495	24	256	—
2.	1907	466	162	214	2708	87	1323	10
	1908	555	165	120	1458	36	621	1
3.	1907	393	75	59	689	23	291	3
	1908	502	108	120	1583	67	926	1
4.	1907	648	82	56	56	8	72	3
	1908	540	68	60	498	8	78	—

Im Regierungsbezirk Arier kamen im Jahre 1908 in 8 Thomaschlackenmühlen und einem Thomaschlackenlager bei 229 Arbeitern 273 Erkrankungen, darunter 101 Erkrankungen der Atmungsorgane und 7 Todesfälle vor. Auffallend ist der kolossale Arbeiterwechsel, der in der chemischen Industrie in die Erscheinung tritt. Offenbar ist dies darauf zurückzuführen, daß, wenn die Arbeiter die ungeheure Gesundheitsgefahr ihrer Arbeit erkannt haben, dieselben wenn eben möglich zu anderer Beschäftigung greifen. Dabei ist die

Unfallgefahr

sehr groß, wie aus den Ermittlungen der Berufsgenossenschaft hervorgeht. Die Zahl aller zur Anzeige gelangten Verletzungen betrug im Jahre 1904 10 143; auf 1000 Vollarbeiter kamen 57,18 Verletzungen. 1905 kamen auf 1000 Vollarbeiter 58,71 und 1906 60,83 zur Anzeige gelangten Verletzungen. Die Unfälle, für welche im Laufe des Jahres 1906 zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, beliefen sich auf 1805 oder auf 1000 Vollarbeiter 9,24. Die Zahl der Todesfälle betrug 1906 126. Durch feuergefährliche und ätzende Stoffe verursacht kamen im Jahre 1906 268 entschädigungspflichtige Unfälle vor. Die

Hygienischen Einrichtungen

der Werke entsprechen keineswegs den gesundheitschädlichen Anforderungen und lassen vielfach alles zu wünschen übrig. Zur Eindämmung der traurigen Zustände mußte namentlich entschieden mehr für genügenden Luftstrom, Luftwechsel, Beseitigung von Staub, Dämpfen, Gasen, Abfällen, ferner für Einrichtung von reinlichen Speise- und Schlafzimmern, für Waschgelegenheit und Badeanlagen usw. Sorge getragen werden.

Fachmännische Belehrung über die ungeheuren Gefahren der einzelnen Arbeiten sind gleichfalls sehr am Platze. Der Arbeiter muß die Arbeiterschaft der chemi-

chen Industrie sich aufpassen aus ihrer Apathie, Standesbewußtsein, Solidarität hegen und pflegen, dann wird auch diese Arbeitergruppe zu einer besseren Lebenslage gelangen.

Unsere Kollegen aber sollen allernächst dafür Sorge tragen, daß die Arbeiter dieser Industrie sich in noch größerem Maße dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen im Interesse ihrer selbst und ihres ganzen Standes.

Konferenz der Harzer Berg- und Hüttenleute.

Am Sonntag, den 12. September fand in Clausthal i. S. eine Konferenz der in den christlich-nationalen Gewerkschaften organisierten Berg- und Hüttenleute der hiesigen Betriebe statt, die von 32 Delegierten, zahlreichen Gästen und dem Vertreter der „Neuen Harz-Zeitung“ besucht war. Vertreten waren sämtliche hiesigen Betriebe des Oberharzes mit Ausnahme der von St. Andreasberg und der Kommunionhütten- und Bergbetriebe des Unterharzes. Einberufen war die Konferenz von dem Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Kollege Buchner-Goslar eröffnete die Konferenz, indem er darauf hinwies, welche große Beachtung die am 26. April 1909 in Lautenthal stattgefundene Konferenz der Hüttenleute gefunden habe und ersuchte er die Delegierten, ruhig und sachlich die Verhandlungen zu führen und nur solche Mittelungen zu machen, die einwandfrei und stichhaltig sind. Als erster Punkt wurde das Vertrauensmännersystem auf den Oberharzer Hütten besprochen. In manchen Betrieben ist der Knappschichtsysteme zugleich Vertrauensmann oder Ausschussmitglied, und wurde seitens der verschiedensten Delegierten der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Knappschichtsysteme bei gewissenhafter Ausübung ihres Amtes genug belastet seien. Folgende Entschädigung fand einstimmige Annahme:

„Die Konferenz ersucht die königlichen Werkverwaltungen, das auf Grund der Bestimmungen des königlichen Oberbergamts vom 24. Mai 1890 vorgezeichnete Vertrauensmännersystem auf alle hiesigen Hüttenwerke auszubehnen und die Wahlen der Vertrauensmänner baldigst anordnen zu lassen.“

Der zweite Punkt betraf die Reform der Lohnzettel. Auf den Lohnzetteln in ihrer bisherigen Form war nicht überall zu erkennen, ob der monatliche Verdienst im Schichtlohn, im Tagelohn, im Gebinde- oder Affordlohn verdient sei. Vielfach werden nur die Anzahl der Arbeitstage bemerkt, nicht aber die wirklich erhaltenen Entlohnungen angegeben. Hierzu wurden zwei Entschlüsse angenommen, die folgenden Wortlaut haben:

1. Die Werkleitungen werden ersucht, die Lohnzettel infolgedessen umzuändern, daß daraus ersichtlich ist, in wieviel Schichten und ob der Lohn im Tage- oder Schichtlohn oder im Afford- oder Gebinde verdient worden ist. Für die Gebindearbeiter der Hüttenbetriebe wird eine Lohnaufstellung gewünscht, wie sie auf der königl. Silberhütte zu Altenau üblich ist.

2. Die Konferenz ersucht das königl. Oberbergamt, die Einführung der auf anderen preussischen Staatsgruben benutzten sogenannten Kameradschafts- oder Positionslohnzettel auf allen staatlichen Erzgruben am Harz zu veranlassen.“

Als dritten Beratungspunkt verhandelte man über die Regelung der Sonntagsarbeit auf den Hüttenwerken, wofür in den Schmelzbetrieben kein Arbeiter einen wirklich freien Sonntag hat. Obwohl seitens der einzelnen Werkverwaltungen durch das Vorgehen der im christl. Metallarbeiterverband organisierten Hüttenleute verschiedene Änderungen in der Regelung der Sonntagsarbeit zugunsten der Arbeiter vorgenommen wurden, kann dieselbe nicht als befriedigend angesehen werden. Eine wirklich durchgreifende Regelung wäre nur dadurch möglich zu machen, wenn Sonntags Erzleute eingeschoben werden. Der dazu angenommene Antrag lautet:

Die Konferenz ersucht die in Frage kommenden Werkverwaltungen, eine Erleichterung der Sonntagsarbeit durch Einschubung von Ersatzmännern herbeizuführen und den dann erfolgenden Lohnausfall durch eine entsprechende Zulage auszugleichen.

Nach der Mittagspause wurde zu den Lohnverhältnissen Stellung genommen. An der Hand einer Statistik legte Kollege Buchner-Goslar dar, wie verbesserungsbedürftig die Lohnverhältnisse speziell der Hüttenleute sind. Nach dieser Statistik verdienen 32 Leute Barilöhne von 70—85 Mark bei durchschnittlich monatlich 25—32 Schichten. Allerdings sei bemerkt, daß in Altenau auch die aller schlechtesten Löhne des ganzen Bezirkes verdient werden. Über auch am Unterharz gehören Löhne von 2,50 bis 2,80 Mk. nicht zu den Seltenheiten, während der Höchstlohn eines Schmelzers noch nach 30—40 Dienstjahren pro Schicht 3,60 Mk. beträgt. Kollege Schuer-Goslar besprach die Lohnverhältnisse der Erzbergleute, bei welchen noch Monatslöhne von 55 bis 77 Mk. in 24 bis 25 1/2 Schichten im April bis J. S. verdient worden sind. Nach stundenlangem Debatten, in welcher alle Redner eine Lohnverbesserung als dringend notwendig bezeichneten, wurde folgendes einstimmig beschlossen.

Angeichts der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist für die staatlichen Berg- und Hüttenbetriebe eine Verbesserung ihres Einkommens dringend erforderlich. Die Konferenz beschließt daher, eine Zulage von 15 v. S. auf die Afford- und Schichtlöhne zu beantragen. Zu diesem Zweck sollen auf allen in Frage kommenden Werken demnächst Delegationsversammlungen abgehalten und zunächst die gesetzlichen Arbeitervertreter beauftragt werden, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Kollege Schneider-Helmstedt (Bergarbeiter) wies darauf hin, daß nimmer alle Kräfte angepaßt werden müssen, um diesen Anträgen Geltung zu verschaffen und dieselben durchzusetzen. Vor allen Dingen seien die Organisationsaufgaben. Mit einem Hoch auf die christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung wurde die Konferenz geschlossen. Seitens der Einberufener war das königl. Oberbergamt sowie auch die Werkverwaltungen von der geplanten Konferenz benachrichtigt worden, doch wurde seitens der Oberbergamts die Entsendung eines Vertreters abgelehnt und

die in Frage kommenden Arbeitergruppen bei Wünschen und sonstigen Anliegen auf den üblichen Weg verwiesen.

Diese Überzeugung kam auch auf der Konferenz zum Ausdruck, indem sämtliche Delegierte die christlichen Arbeiterführer im Reichstag sowohl wie auch im Harzgebiet tätigen Funktionäre der christlich-nationalen Gewerkschaften ihres rückhaltlosen und unerfälschlichen Vertrauens einstimmig versicherten.

Auch nach dieser Richtung hin hat die Konferenz gewirkt; trotz der unehrlichen Kampfesweise der Sozialdemokraten aber besser gerade deshalb erfüllt Begeisterung und Arbeitseifer die christlichen Gewerkschaftler des Harzes, wofür die einstimmig gefaßten Beschlüsse der Konferenz den besten Beweis erbringen.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Gewerkschaften und Werkvereine in Deutschland.

Bum erstmalig hat das Kaiserl. Statistische Amt eine Umfrage bei den gelben Arbeitervereinen über Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben veranstaltet und die daraus gewonnenen Resultate veröffentlicht.

Nach der aufgestellten Statistik sind die gelben Organisationen eingeteilt in a) Werkliche gemischte Vereine, b) Berufsvereine und c) in die sogenannten Werkvereine. Zur ersten Abteilung gehören insgesamt drei Vereine mit einer Mitgliederzahl von 1016.

Table with 4 columns: Region, Number of Associations, Total Members, and Average Members per Association. Includes entries for Brandenburg, Sachsen, Hannover, etc.

Zusammen fügen Werkvereine 69 mit 50 710 Mitgliedern. Insgesamt zählen die gelben Organisationen aller Schattierungen rund 65 000 Mitglieder innerhalb des Deutschen Reiches.

Trotzdem im Jahre 1908 alle deutschen Arbeiterorganisationen infolge der Krise Mitgliederverluste zu verzeichnen hatten, sind die Gelben um rund 17 000 Mitglieder gewachsen.

Direkt bemerklich und eines jeden Deutschen unwürdig ist ein solcher Zwang von Seiten der Arbeitgeber. Wieviel Arzthertum, Speichelleckertum und Gesinnungsverleugnung steckt nicht in diesen gelben Werkvereinen?

Daß die gelben Gewerkschaften imstande wären, die Interessen der Arbeiter mit Nachdruck zu vertreten, ist vollständig ausgeschlossen und die Geschäfte der Scharfmacher zu befragen, dazu hat die deutsche Arbeiterschaft keine Veranlassung.

Von den Schicksalen eines Streikbrechers

mußte die Tagespresse vor einigen Tagen folgende schauerlichen Einzelheiten zu melden:

Von Welfenitz zu begnadigt sich vor einigen Jahren ein Mechaniker namens Conrad nach Amerika, um daselbst sein Glück zu versuchen.

Co. gelodt, wo bekanntlich zurzeit ein Streik stattfindet, der, wie berichtet, zu den größten Ausschreitungen führte. Die 300 Streikbrecher mußten nach dem Bericht, den Conrad jetzt der New Yorker Staatszeitung gab, auf der Fahrt Hunger leiden und hatten später die größten Qualen zu erdulden.

Kurz ehe unser Zug Harrisburg erreichte und langsam eine Kurve nahm, sprang ein Mann vom Zuge ab und suchte das Wette. Mein Arbeitgeber, darauf aufmerksam gemacht, drohte den nächsten, der besterieren Würde, niederzuschleichen.

Wir trugten es mit der Angst zu tun und verharreten während der Weiterfahrt auf unseren Sigen. Am Morgen des 14. August kamen wir in Bellevue an. Dasselbst wurden wir von etwa 70 bewaffneten Staats-Konstablern in Empfang genommen, die uns zu einem bereitstehenden Dampfer eskortierten.

Erblickt konnter und wollten wir die unmenschliche Behandlung nicht mehr länger erdulden. Am 26. August unterschrieben nicht weniger als 500 meiner Leidensgefährten ein Schriftstück, in dem sie sich verbürgten, unter allen Umständen die Fesseln zu brechen, was immer ihnen widerfahren würde.

Sowelt die Schilderung des betr. Arbeiters, nach denen die Streikbrecher sich immer wie Sklaven behandelt worden sind. Diese schwer mißhandelten Leute werden sich jedenfalls in ihrem ganzen Leben nicht wieder als Verräter ihrer Standesgenossen und Kaufpreiser des Kapitalismus mißbrauchen lassen.

Die Aussperrung der Lithographiestenarbeiter in Solnhofen beendet.

Nach dreizehnwöchentlichem erbitterten Kampfe wurde am 12. September die Aussperrung in Solnhofen beendet, und zwar durch Vermittlung des Bezirksamts Weissenburg. Bei den Verhandlungen mußten dann die Unternehmer wesentliche Zugeständnisse machen und die Organisation anerkennen.

In einer am Sonntag den 12. September abgehaltenen Versammlung der Aussperrten, in welcher Kollege Tremmel den Arbeitern die Licht- und Schattenseiten eines weiteren Kampfes und die neuen Bedingungen des Tarifes vor Augen führte, beschloßen dieselben in geheimer Abstimmung mit 240 gegen 17 Stimmen den Tarif anzunehmen.

Ein Schwindelblättchen

schlimmster Art ist der sogenannte „Mitteldeutsche Kurier“, Hirsch-Dunderische „Wochenschrift für nationale Kultur und soziale Politik“, Erscheinungsort Magdeburg.

Wahrer Leichert aus Bromberg hat in seiner „Vorwärtsdeutschen Arbeiterzeitung“ einen Artikel geschrieben, der sich mit den christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei befaßt und darin anführt, bei einer

wirklichen Neutralität der christlichen Gewerkschaften dürfte es nicht vorkommen, daß deren Führer Abgeordnete einer ausgesprochenen konfessionellen Partei sind.

„Für diese dem „Mitteldeutschen Kurier“ „ohne weiteres einwandfreien Anbeutungen“ soll nun aber „Deutsche Metallarbeiter“ den Herrn Leichert mit „leichtfertigen Behauptungen“ und „schabodderigen Sätzen“ herabgesetzt haben.

Das ist eine demagogische Verbrechung und dreiste Fälschung des Sachverhalts. Das Hirsch-Dunderische Schmeißel- und Hehlblatt hat nämlich die entscheidende Stelle in dem Bitt des Herrn Leichert seinen Lesern einfach unterschlagen. Diese Stelle, auf die sich unsere ganzen Schlussfolgerungen aufbauen, bestand nämlich in der höchst sonderbaren Forderung Leicherts, zur Neutralität der christlichen Gewerkschaften gehöre auch, daß christliche Gewerkschaftsführer nicht Mitglieder einer ausgesprochen konfessionellen Partei sind, sondern sich auch hier auf neutralem Boden, etwa in der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zusammenfinden.

In den Augen Leicherts ist die als politische Partei jedem Säugling bekannte „Wirtschaftliche Vereinigung“ also der politisch neutrale Sammelplatz für die christlichen Gewerkschaftsführer. Nur diese zum Reden reizende Konfusion haben wir als solche bezeichnet.

Streikbrecher moralisch minderwertig.

Durch ein Urteil des Gewerbegerichts Hannover ist kürzlich eine bemerkenswerte Einschätzung der Streikbrecher öffentlich diskutiert worden. Ein Klempnergehilfe klagte gegen seinen früheren Meister auf Abänderung des ihm ausgestellten Zeugnisses.

Es sei zu bedauern, daß die Parteien sich nicht außergerichtlich geeinigt hätten. Der Kläger sei nicht aus unmoralischen Gründen vertragsbrüchig geworden, er habe nur nicht mit einem notorischen, agitatorisch auftretenden Streikbrecher zusammen arbeiten wollen.

Dieses harte aber gerechte Urteil hat in Unternehmertreuen wie auch bei der edlen Jüntz der Streikbrecher Widerspruch und Entrüstung ausgelöst. Die Arbeitgeberverbände haben sogar Beschwerde gegen den Vorsitzenden des betr. Gewerbegerichts bei dessen vorgesetzter Behörde erhoben, worauf er die folgende Erklärung als Beruhigungspulver veröffentlicht hat:

„Jene Aeußerung in der Urteilsbegründung ist selbstverständlich nicht allgemein über „Streikbrecher“, sondern lediglich unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht. Hier handelt es sich nach der vom Beklagten nicht bestrittenen Behauptung des Klägers um einen als notorischen Streikbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Lohnkampfe in den Rücken zu fallen.“

Dieser Auslegung wird jeder objektiv Denkende zustimmen können. Was z. B. von den Sozialdemokraten oft als „Streikbrecher“ verleumbet und beschimpft wird, hat mit der wirklichen Verräterrolle nichts gemein. Im übrigen aber ist die vorstehende Eintarierung der „nützlichen Elemente“ vollstaus be-rechtigt.

Ein Märchen

über die Gründung und Zweckbestimmung der christlichen Gewerkschaften hat irgend ein fündiger Berichterstatter aus Rom einer französischen Zeitung, dem Pariser „Journal des Debats“ erzählt. Demnach hätten Berlin und Rom, d. h. der deutsche Kaiser und der Paps, ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung abgeschlossen und als wirksamste Waffe dafür die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften gegründet.

Dieses Sammelsurium muß nun der sozialdemokratischen Presse als ein willkommenes Agitationsmittel gegen die christlichen Gewerkschaften dienen. Kaiser und Papst im Bunde gegen die freie deutsche Arbeiterbewegung, so überschreiben z. B. Dresdener „Vollmacht“ und Dresdener „Volkszeitung“ lange Artikel, die dieses Märchen gegen die christlichen Gewerkschaften auszuschlachten versuchen. Selbst das „Korrespondenzblatt“ der freien Gewerkschaften glaubt hier einen fastigen Knochen gefunden zu haben und überschreibt denselben Artikel: „Die christlichen Gewerkschaften als kaiserlich-päpstliche Schutztruppe“. Welche unmaßlichen Schlussfolgerungen die sozialdemokratischen Blätter an die Erzählungen knüpfen, mag man aus folgender Probe ersehen:

„Was erblicken wir da? Rom und Berlin, kaiserliche Regierung und Papst im Bunde gegen die deutsche Arbeiterbewegung und die christlichen Gewerkschaften; bewußt oder unbewußt, als Stützen dieser mittelalterlich anmutenden Sturmflut.“

Die sozialdemokratischen Blätter bringen es in diesem Zusammenhang sogar fertig, die christlichen Gewerkschaften „als Ursprung und Keimzelle des schwarzen Schnapsbodes, dem wir die neuen Reichsteuern verdanken“, hinzustellen. — Höher geht's freilich nicht mehr. Die Phantasie und Einbildungskraft des sozialdemokratischen Artikelschreibers übertrifft die des römischen Märchenerzählers noch um ein ganz bedeutendes. Jeder vernünftige Mensch kann es schon fühlen; daß die sogenannten Enthüllungen des Pariser Blattes nur in der blühenden Phantasie des betreffenden römischen Journalisten bestehen und in das Reich der Fabel zu verweisen sind. Es sind nur Märchen und alle Schlussfolgerungen der Gegner fallen mithin in sich selbst zusammen. Der sozialdemokratischen Presse ist nichts zu dumm; wenn es sich nur gegen die christlichen Gewerkschaften ausschlagen läßt.

Aus der Metallindustrie.

Vom Bandeisenmarkt

welch die „Mh. Westf. Btg.“ am 14. d. Mts. folgendes zu berichten: In der am 7. September stattgefundenen Sitzung der Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandeisenwerke, in welcher die bisherigen Inlandsgrundpreise für Verkauf und Lieferung im ersten Vierteljahr 1910 um 2,50 Mk. die Tonne erhöht wurden, wurde festgestellt, daß die Marktlage für Bandeisen seit einiger Zeit durchaus befriedigend sei. Fast sämtliche Werke seien bis Ende dieses Jahres ausverkauft, ebenso gingen die Spezifikationen für die gekauften Mengen in befriedigender Weise ein, so daß einzelne Werke sogar Lieferfristen von vier Wochen und darüber zu fordern gezwungen seien. Die Nachfrage sei seit einiger Zeit vom Inlande sowohl als auch vom Ausland recht lebhaft gewesen, doch haben die Werke infolge einer Verständigung unter einander sich jeglicher Verkäufe für das nächste Jahr enthalten. Da auch vom Auslande sich rege Kauflust zeigte, wurden auch die Auslandspreise entsprechend erhöht und zwar sollen dieselben sofort in Kraft treten. Obwohl einzelne Werke für eine größere Erhöhung als 2,50 Mk. waren, einigte man sich schließlich auf diesen Satz, um zunächst die weitere Entwicklung des Marktes abzuwarten. Bei dem jetzigen Knüppelpreise läßt auch der erhöhte Grundpreis für Bandeisen den Werken, und namentlich den reinen Walzwerken, noch keinen Nutzen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Nachfrage zum Streik in Bad.-Rheinfelden.

Wie in der Regel bei allen Kämpfen, die von den christlichen Gewerkschaften geführt werden, die Sozialdemokraten nachher als die Hyänen des Schlachtfeldes auf dem Plan erscheinen, um die christlichen Organisationen und deren Führer zu verunglimpfen und für ihre schmutzigen Pläne im trüben zu fischen, so haben sie es auch wieder nach dem Streik in den Aluminiumwerken in Badisch-Rheinfelden gemacht. Willkommenen Anlaß zu einer infernalischen Heiße hat den Sozialdemokraten in diesem Falle ein Widerspruch gegeben, der sich im Wortlaut der Vereinbarungen resp. Zugeständnisse der Fabrikleitung nachher ergeben hat. Während die Streikleitung und Arbeiterkommission bekannt gaben und auch heute noch daran festhalten, daß eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent bis zum 15. September ds. J. zugestanden worden sei, hat der als Friedensvermittler tätig gewesene Herr Landeskommissar Strauß-Konstanz nachher — „auf Anrufen des andern Teiles“ (d. h. der Firma-Redaktion dieser Btg.) — bekannt gegeben, die Lohnaufbesserung sei erst für die Zeit einer besseren Konjunktur in Aussicht gestellt worden. Auf einer Seite muß hier also ein Mißverständnis obwalten. Die Vertreter der Arbeiter hätten aber wie gesagt, ihre Auffassung nach wie vor aufrecht. Es mag zu erklären sein, daß in Situationen, wie sie in trübenden Fällen kaum einmal eintreten, nach den Urteilen und dem Erschöpfen eines Arbeiters, der schweren Vermundung eines zweiten, der Heranziehung von Militär und Besetzung des

kleinen Belagerungszustandes, daß nach all diesen nebenanregenden Vorfällen leicht Mißverständnisse entstehen können, aber eine eindruckliche Lehre muß dieser Fall unseren Funktionären für die Zukunft sein, keine derartigen Abmachungen zu treffen, ohne sie schriftlich niederzulegen und gegenseitig anerkennen zu lassen.

Der hier nachträglich aufgebaute Widerspruch muß der soziald. Presse nun als Hebel gegen den christlichen Metallarbeiterverband herhalten. Der Bezirksleitung unseres Verbandes wird „Lüge, Schwundel, Betrug, Verrat“ und wer weiß, was sonst noch alles vorgeworfen, und für all diese Verunglimpfungen wird der Landeskommissar als Kronzeuge angerufen.

Aber schon während und kurz nach dem Streik hat die sozialdem. Preise Wabens eine schmachvolle Verräterrolle gegenüber den kämpfenden Arbeitern gespielt. Der „Volksfreund“ in Karlsruhe benutzte z. B. die italienischen Arbeiter als die Unheföhrer und Landfriedensbrecher, dem Streikleiter Kollegen Engel wurde wahrheitswidrig vorgeworfen, er habe mit dem „Feuer gespielt“ — mit anderen Worten: die Unruhen heraufbeschworen — und im selben Atem wurde ihm Feigheit vorgeworfen. Mit dieser Schöpfung, jeder Soldatart baaren Kampfesweise steifte das sogenannte „Arbeiter“-Blatt dem Scharfmachertum den Nacken und trat die Interessen der armen Arbeiter mit Füßen.

Den Gipfel niederträchtiger Kampfesweise aber hat die dortige Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit einem Schimpf- und Lügenflugblatt erklommen, das an Frechheit im Lügen und Gehässigkeit in persönlicher Verunglimpfung des Gegners nicht mehr überboten werden kann. Bezeichnend ist, daß der erste Bezirksleiter Vorhöler (zweifelloser der Verfasser dieser nichtswürdigen Schmähchrift) nicht soviel Mut gehabt hat, das Phamplet mit seinem Namen zu decken. Da muß die Druckfirma: „Alexander Schilde u. Comp.“ Stuttgart herhalten. In dem elenden Machwerk reißt sich eine Lüge und Verleumdung an die andere und es ist unmöglich, alle Unwahrheiten hier zu widerlegen. Das ist überaus sofort durch ein Flugblatt von unserer Seite geschehen und aus dieser gründlichen Abfertigung sei nur einiges herausgegriffen. Auf die unflätigen persönlich gehässigen Angriffe auf seine Person erklärt unser Bezirksleiter Kollege Engel u. a. folgendes:

1. Es ist nicht wahr, daß wir auf Grund unseres offenen Briefes an den Landeskommissar Strauß-Konstanz von demselben verlangten, er solle sich unserer Erklärung anschließen.
2. Wahr ist, daß wir forderten, er solle auch die Kommentare zu der veröffentlichten Grundlage, wonach eine Einigung zustande kam, bekannt geben.
3. Wahr ist, daß ich bei Beginn des Ausstandes vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.
4. Unwahr ist, daß ich am 13. August in einer Versammlung in der „Sängerhalle“ gesagt habe: „Ich hätte nicht geglaubt, daß ich in diesem Kampfe so von allen Seiten unterstützt werde, noch weniger, daß freigeordnete nicht an dem Streik beteiligte Arbeiter ganze Nächte Streikposten stehen.“
5. Wahr ist, daß am 13. August überhaupt keine Versammlung in Badisch-Rheinfelden stattfand.
6. Wahr ist, daß ich sozialdemokratischerseits mit Messern bedroht wurde.
7. Wahr ist, daß ich am Samstag den 14. August nachmittags von 2—6½ Uhr mich in Untersuchung befand.
8. Unwahr ist, daß Streikende weniger Streikunterstützung erhielten, wie ihnen versprochen wurde und nach dem Statut zusteht.
9. Wahr ist, daß ein Mitglied unseres Verbandes, trotz wiederholten Aufforderns seine ihm noch zustehende Unterstützung in Empfang zu nehmen, dem bis heute noch nicht nachkam.
10. Wahr ist, daß eine große Anzahl im Streik gestandener Mitglieder bedeutend mehr Unterstützung erhielten, wie ihnen zustand.
11. Wahr ist, daß tatsächlich eine 10prozentige Lohnerhöhung seitens des Herrn Landeskommissars zugestanden wurde. Ferner ist wahr, daß 20 Pf. Feuerungszulage pro Tag garantiert wurden, und diese auch tatsächlich bezahlt werden.
12. Wahr ist, daß ich in jeder Mitglieder- und öffentlichen Versammlung die Ausständigen sowie die übrigen Arbeiter- und Bürgerchaft ermahnte, sich durch keinerlei Provokationen zu Unbesonnenheiten und Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen.
13. Wahr ist, daß ich am Abend des Kravalls sofort mich auf den Platz begab, als ich von den Unruhen Kenntnis erhielt, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln die Menge zurückzuhalten suchte und auch an der Stelle blieb, bis die Ruhe wieder hergestellt war.

Soweit Kollege Engel auf die plumpestn Lügen des Vorhölerschen Machwerks. Wie unglaublich frech überhaupt in der Schmähchrift gezogen wird, mag man weiter an folgendem ersehen. In dem Flugblatt wird damit geprahlt, die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter Rheinfeldens hätten — großmütig wie die Genossen überall wären — für die

streikenden Christlichen über 300 (Dreihundert) Markt gesammelt.

Das schönste ist nun, daß den Rheinfelder Genossen selbst davon nichts bekannt ist. Der Führer der freien Gewerkschaften und angebliche Sammler hat diesen Schwundel des roten Flugblattes selbst als „eine grobe Unwahrheit“ bezeichnet und zudem auch folgende Erklärung für die Öffentlichkeit unterzeichnet:

„Ich erkläre hierdurch ausdrücklich, daß es nicht wahr ist, daß ich über 300 Mk. bei den „freigeordneten“ Arbeitern zu Gunsten der Streikenden eingesammelt habe.“

Badisch-Rheinfelden, 15. Sept. 1909.
C. Weber.“

Es muß sich der sozialdemokratische Flugblattschreiber von eigenen Genossen als Lügner brandmarken lassen. Daran allein mag man den übrigen Wert und Inhalt des Vorhölerschen Flugblattes bemessen. Das elende Machwerk zeugt nur von einer gemeingefährlichen geistigen Verwilderung des Verfassers, und zum Ruhme des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht es wahrhaftig nicht, daß ein derartiges schmutziges Phamplet unter der Firma: „Alexander Schilde u. Comp.“ zur Verbreitung gelangen konnte. Anständige Menschen müssen sich mit Ekel und Abscheu von einer solchen niedrigen Kampfesweise abwenden.

Dieser allzu plumbe Lügenfeldzug wird auch nicht imstande sein, das Vertrauen der christlich-gesinnten Arbeiter zum christlichen Metallarbeiterverband zu erschüttern; eher wird das Gegenteil erreicht werden; denn denkende Arbeiter werden unschwer erkennen, daß auf sozialdemokratischer Seite in geradezu strupeloser Weise mit Lüge und Trug operiert wird, daß aber im christlichen Metallarbeiterverband die Interessen der Arbeiter auf ehrliche Weise, mit Nachdruck und Erfolg vertreten werden. Und aus dieser Erkenntnis heraus werden sie sich noch zahlreicher wie bisher dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Dortmund-Witten. Ueber die Gleiserel des Wittenur Gußstahlwerkes wurde wegen fortgesetzter Lohnverschlechterung die Sperre verhängt.

Ohlig. Auf dem Eisen- und Stahlwerke stehen die Arbeiter im Streik wegen Lohnabzug.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. September 1909 der neununddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. September bis 3. Oktober fällig.

Die Arbeitslosen-Zählkarte muß in der Zeit vom 1. bis 4. Oktober eingesandt werden. Die Mitgliederzahl sowie Zahl der Arbeitslosen, der Arbeitslosentage und die Summe der ausbezahlten Arbeitslosen- und Reiseunterstützung sind genau einzutragen.

Die Abrechnung vom 3. Quartal muß spätestens 4 Wochen nach Quartalschluss eingesandt sein. Die Kassierer der Ortsgruppen müssen deshalb jetzt schon die Vorbereitungen dazu treffen, besonders die Vertrauensmänner auf die pünktliche Abrechnung aufmerksam machen. Ebenso kann das Mitgliederverzeichnis schon jetzt angefertigt werden. Wenn so die Vorbereitungen überall getroffen werden, kann die Abrechnung in längstens 4 Wochen fertig sein.

Die Ortsgruppe Ingolstadt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. Nichtbezahlung dieses Zuschlages zieht den Verlust statutarischer Rechte mit sich.

Es wird hiermit von Neuem darauf hingewiesen; daß alle größeren Ortsgruppen alle überschüssigen Verbandsgelder jeden Monat im Voraus als Voranschuss an die Hauptkasse einzusenden haben. Eine Reihe von Ortsgruppen haben dieser Aufforderung schon im vorigen Quartal Folge geleistet, eine Anzahl aber noch nicht. Wir erwarten, daß diese jetzt auch folgen, und dieser Modus sich auch ohne fortwährende Aufforderung in unserem Verbande einbürgert, wie es in anderen Verbänden bereits der Fall ist. Denn bei den heutigen Verhältnissen fließen jeden Monat schon ziemlich hohe Summen in den Händen der Ortskassierer zusammen, die ungenützt bis zur Verwendung daliegen, und manchmal für den Kassierer noch

eine Gefahr bilden, während sie an der Hauptkassette im Interesse des Verbandes verwendet und zinstragend angelegt werden können.

Aus dem Verbandsgebiet.

Knechtungen. (Beamte der Firma de Wendel als Sprengkolonne.) Für vergangenen Freitag war nach Knechtungen (Vohringen) eine Versammlung von den christlichen Gewerkschaften einberufen, welche außerordentlich stark besucht war. Neben etwa 850 bis 900 Arbeitern hatten sich auch die meisten, sowie mittleren Beamten der Firma de Wendel eingefunden.

Was in dieser Versammlung an Flegelci v. e. einem Teile der Beamten geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Als der Gewerkschaftsführer Karus die Versammlung eröffnet und einige Minuten gesprochen hatte, fehlte ein obenbetäubender Lärm ein, obgleich Herr Weber die Firma de Wendel, noch die Beamten dieser Firma genannt hatte. Etwa über ein Duzend pfliffen auf Signalpfeifen, andere wieder bliesen auf kleinen Zahnmarschkornpfeifen, und dazwischen brüllte ein Trupp von Beamten und einzelnen Arbeitern aus vollem Halse. Nachdem die Ruhe wieder etwas eingeholt war, erteilte Karus dem Gewerkschaftsführer Scherr das Wort.

Derselbe sprach seine Verwunderung darüber aus, daß dieser, jedem Anstand schon sprechende Lärm, wie man ihn mitgeteilt habe, von Beamten der Firma de Wendel ausgegangen sei. Er bat, doch durch ein solches Benehmen den Beamtenstand in der Öffentlichkeit und vor den dasigen Arbeitermassen, die sich erschreckend ruhig und anständig verhielten, nicht in solcher geradezu unverantwortlichen Weise herabzusetzen, sondern ruhig zu bleiben, da ja jedem Beamten das Recht der Diskussion gewährt würde. Weiter kam der Redner nicht, denn der Tumult setzte mit verstärkter Kraft ein. Es war ein Toben, Züßtraampeln, Getöse und Pfeifen, als wären alle Geister des Bloßberges losgelassen. Das eigene Wort war und blieb bei dem Herrn Scherr unverständlich; die Arbeiter mühten sich vergeblich, diese Flegelci, diesen ohrenbetäubenden Lärm über sich ergehen lassen. Als Effekt nochmals versucht, auf die Ruhebringer einzuwirken, riefen ihm die Arbeiter zu: „Lassen Sie doch, die Stimmen werden ja für den Spektakel bezahlt, die sind geschickt worden.“

Schreiber dieses hat ein großes Stück unseres Erbteiles gesehen, auch schon Lärm angehört, der das Frummännlein in Gefüge bringt, aber einen solchen wahren Hüllenspektakel noch nicht. Auf einmal stimmten die Lärmmacher die „Wacht am Rhein“ an und ich habe mich erschreckt gefürchtet, daß kein Sproß aus stürzlichem Hause dieses Willen gehört hat, da man hätte fürchten müssen, eine solche Kundgebung würde bei der gefährlichsten Situation als eine Beleidigung sämtlicher deutschen Fürsten, ja auch des deutschen Volkes, angesehen werden. Als die stolze Menge für einen Augenblick still war, riefen die Arbeiter wieder: „Das ist noch nichts, gleich singen sie die Marschkassette, die haben sie auch bezahlt geklebt.“ Wichtig! Nachdem sich die Gesellschaft nochmals im Pfeifen, Wasen, Brüllen und Fußtraampeln betätigt hatte, wurde das Franzosenlied herabgebrüllt. Überhaupt Stunden hat dieses Schauspiel eines bedauerlichen Viehstandes und einer herausfordernden größtlichen Brutalität gedauert, da wurde es den ruhig dasigenden Arbeitern zu toll, die Geduld riß, einem Sekretär des Gewerkschaftsverbandes wurden einige Nachpfeifen angesetzt, jedoch kein „Inwider“ auf der Nase sich hoch aufbaunte. Am Ende waren die Arbeiter mit Dierseidel und Selterswasserflaschen auf den Bänken. Die Gesellschaft wurde dann etwas ruhiger. Effekt und Karus beschworen die Arbeiter mit Stentorstimmen, sich doch ruhig zu verhalten und an den Lobenden sich nicht zu vergeifen. Die Masse beruhigte sich auch, die Versammlung war mittlerweile geschlossen worden.

Bezeichnend für die Flegelci war, daß der Direktor Weber selbst zwischen den Volkführern des Spektakels saß und kräftig mitgingen hat. Ein Betriebsführer sprang vor die Bühne und rief: „Wacht mich nur verantwortlich, ich helfe.“ Die letzten Worte wurden von einigen Arbeitern durch die Worte übertönt: „Du, D... wirf auch dafür bezahlt.“ Noch mehr als über den Teufel und der Beamten, die das Hüllenspektakel veranstalteten, habe ich mich über die äußerst besonnenen Haltung der Arbeiter gewundert. Jedoch soll nissen und gern betonen werden, nicht alle anwesenden Beamten der Firma de Wendel haben sich an dem verächtlichen Treiben beteiligt. — Aus den übrigen Werken in und bei Knechtungen waren ebenfalls eine Anzahl Beamten anwesend, die sich aber musterhaft benahmen. Einige derselben erklärten nachher, für sie sei das nichts Neues. Von einem Teile der de Wendelschen Beamten könne man nichts anderes erwarten. Auf dem Nachhausewege traf ich noch einen Herrn aus Niederrhein, der mir sagte: „So etwas haben Sie wohl noch nicht erlebt?“ Ich bemerkte: „Nein!“ Er sagte: „Dann müssen Sie zur Reichstagswahl einmal hierher kommen.“ „Na, ich danke für solches Obbit“ war meine Erwiderung. Der Lärm hatte Hunderte von Personen trotz des Regens auf der Straße angezogen, aber weder Polizei noch Gendarmerie war zu sehen. Als ich hierüber mein Bestreben ausdrückte, wurde mir aus der Menschenmasse zugerufen: „Wo Wendelsche Beamte spektakeln, ist keine Polizei zu haben, aber auch nicht nötig.“ Die Arbeiterschaft ist zu bedauern, die solchen Beamtencharakteren überantwortet ist.

Dinklage. Unsere Kollegen von hier haben sich schon seit längerer Zeit bemüht, auch in Qualenbrück Mitglieder zu gewinnen und für unsern Verband festen Fuß zu fassen. Die Vorarbeiten waren auch nicht ohne Erfolg gewesen und am 12. September konnten wir eine Versammlung abhalten, in der unser Bezirksleiter, Kollege Hartmann-Sambura, einen Vortrag über die Aufgaben und Ziele des christlichen Metallarbeiterverbandes hielt. Redner schilderte in überzeugender Weise die Notwendigkeit der christlichen Berufsorganisation, der sich auch die Arbeiter von Qualenbrück nicht entziehen können. Denn sie ihre eigenen Interessen nicht aufs äußerste schädigen wollten. Die Ausführungen fanden allgemeinen

Anklang. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen in zustimmendem Sinne. Besonders machen die christlichen Metallarbeiter von Qualenbrück sehr praktische Arbeit, indem sie die Konsequenzen aus dem Gehörten ziehen und sich zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverbände anschließen.

Am selben Tage fand nachmittags in Dinklage eine allgemeine christliche Arbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Hartmann ebenfalls das Referat übernommen hatte. „Zehn Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung“ lautete das Thema, das er in begeisternden Ausführungen zu behandeln wußte. Die Gründung und Entwicklung, die Kämpfe und Errungenschaften der vier angeführten und beständig bekämpften Organisationen seien der beste Beweis für ihre gesunde Grundanlage und Ausbreitungsmöglichkeit für die Zukunft. Die Ausführungen fanden einstimmigen Beifall und sind hoffentlich auf empfindlichen fernstehenden Boden gefallen.

Vor allem muß den Kollegen von Dinklage und Qualenbrück die eindringliche Mahnung zugehen, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen und stets eifrig am Vereinsleben teilzunehmen. Jeder soll und muß auch ein Agitator sein, damit wir die für uns gewonnenen, die uns bisher fernstehen, die ihrer Überzeugung gemäß aber zu uns gehören. Darum mit frischem Mut an die Arbeit, jeder helfe mit, denn vereint kraft Großes schafft; vor einseitig steht, verloren geht.

Böschung. In der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung versucht ein kundiger Thebaner, der weiß, wie es gemacht wird, den erfolgreichen Ausgang der Formerbewegung auf dem hiesigen Westfälischen Stahlwerk einzig und allein auf das Konto des roten Metallarbeiterverbandes zu setzen. Nach der Schilderung des Verlaufes der Bewegung heißt es wörtlich:

„Da aus verschiedenen Gründen von einer Arbeitniederlegung abgesehen werden mußte, so mußten wir versuchen, auf anderem Wege zu unserem Ziel zu gelangen. Wir gingen nun dazu über, zu den von der Firma entlassenen noch weitere aus dem Betrieb herauszuholen, jedoch von unserer Organisation 26 Kollegen auf der Straße waren. Von den anderen Organisationen verließ auch nicht ein einziger den Betrieb, außer einem Herr-Dunderschen, der schon vor Verhängung der Sperre gekündigt worden war. Wohl wären die Christlichen ebenfalls verpflichtet gewesen, Leute herauszuholen, da ja ihre Leute ganz kurz vor Verhängung der Sperre in den Betrieb hineingekommen waren. Man überließ das aber uns und in höherer Weise auch in diesem Kampfe den Erfolg zuzuschreiben.“

Womit würde man unwillkürlich anrufen. Der Scribist, der das geschrieben hat, aufschneidend mit Erfolg die Berliner Parteischule der Genossen absolviert und hält es mit der Berliner Variation des Sprichwortes: „Beschneidung ist eine Bier, — doch weiter kommt man ohne ihr.“ Im Interesse der Wahrheit müssen wir nun doch diese Selbstglorifizierung etwas niedriger hängen.

Was die „verschiedenen Gründe“ anbetrifft, aus denen „von einer Arbeitniederlegung abgesehen werden mußte“, so ist das eine ferne Umschreibung der eigenen Dummheit. Tatsache ist doch, daß der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Vertrauensmännerversammlung vom 13. Juni seinen fertigen Kriegsplan entwickelte, und der war auf die einfache Formel gestimmt: „Streiken!“ Nach seinen Darlegungen gab es gar keinen anderen Ausweg mehr. Erst nach den aufklärenden Ausführungen unseres Bezirksleiters, Kollegen Hirtfelder, sah der sozialdemokratische Beamte nach einigen Besuchen, an seinem so schon angebauten Starkenshaus festzuhalten, die Verkehrtheit und Unmöglichkeit seines Vorschlages ein. Auch seine eigenen Genossen waren von der Richtigkeit der von unserem Bezirksleiter empfohlenen Taktik überzeugt, daß am Sonntagabend in der Betriebsversammlung der Formere garnicht mehr vom Streiken geredet wurde. Die Rede, die dort der sozialdemokratische Beamte hielt, war fast genau dieselbe, die Bezirksleiter Hirtfelder in der Vertrauensmännerversammlung am Tage vorher gehalten hatte. Wenn also auf dem jetzt eingeschlagenen Wege ein voller Erfolg für die Arbeiter erzwungen wurde, so ist das eingeständenermaßen nur der vernünftigen, zielklaren Taktik des christlichen Metallarbeiterverbandes zuzuschreiben. Die vom sozialdemokratischen Beamten empfohlene Methode hätte die Formere unfehlbar zu einer empfindlichen Niederlage geführt. Darüber helfen alle Grobgesprächen nicht hinweg.

Der gewaltige Strategie der Sozialdemokratie ist die Verwahrung tut sich auch noch ganz was Besonderes darauf zu gute, daß sie „eine Anzahl Kollegen aus dem Betrieb herausgeholt“ und wenigstens dadurch zum Erfolg beigetragen hätten. Er verschweigt aber natürlich dabei, daß eine ganze Anzahl seiner Kollegen entlassen wurden, zwar nicht wegen der Bewegung, sondern wegen eines Verhaltens, das sich organisierte Arbeiter überhaupt nicht zu Schulden kommen lassen sollten, am allerwenigsten aber während einer Bewegung. Wenn organisierte Arbeiter sich sinnlos betrüben, die Arbeit liegen lassen und auf der Straße die tollsten Sätze aufspielen, so liegt das nicht im Interesse der Arbeiterbewegung, und es ist auch nicht geeignet, die Sympathie der öffentlichen Meinung für die Arbeiter zu erhalten, obgleich dies gerade im Industriegebiet bringend nötig ist, daß unsere christlich organisierten Formere einen derartigen Hummel nicht mitmachen, ist ein ehrendes Zeugnis für sie. Auch der sozialdemokratische Beamte hat ja seine Kollegen damals glatt fallen lassen und es ist jedenfalls sehr sonderbar, daß er jetzt aus diesen bedauerlichen Vorgängen auch noch ein besonderes Verdienst für seinen Verband konstruieren will. Wir haben bisher im Interesse der Einheit der Formere von diesen Vorgängen, auch in unserem Bericht im Verbandsorgan, nichts gebracht. Die verlogene Berichterstattung im sozialdemokratischen Verbandsorgan zwingt uns jetzt dazu, die Dinge richtig zu beleuchten.

Es liegt ferner nicht im Interesse der Formere der „Westfälischen Stahlwerke“, daß nach der erfolgreich verlaufenen Bewegung solche Ausbelebungen stattfinden. Wir haben diese aber nicht beanstanden, sondern die die Anwesenheit mit ihnen bedingten Verträge. Wo also die Arbeiterpersönlichkeiten stehen, ist hier einmal wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Formere des „West-

fälischen Stahlwerkes“ und auch die übrige Arbeiterschaft können aber aus dem oben dargelegten wieder einmal erkennen, wo ihre Interessen wirklich vertreten werden — nur im christlichen Metallarbeiterverband.

Madolszell. Eine imponante Versammlung unseres Verbandes fand am Dienstag den 24. August im Vereinslokale zum Spazzo statt. Schon vor der festgesetzten Zeit waren die Lokalitäten dicht besetzt, viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen, und nicht wenige mußten wieder umkehren. Kollege Engel-Strasbourg schilderte die Ursachen des Streiks in Badisch-Rheinfelden, die daraus entstandenen Unruhen und das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sowie auch der sozialdemokratischen Presse, welche die Unruhen den Streikenden in die Schuhe zu schieben versuchte und die Schiefhelden noch in Schutz nahm. Redner protestierte unter großem Beifall der Anwesenden gegen ein so schiefes und arbeitserfindliches Verhalten. In der Diskussion beteiligte sich der Gauleiter Genosse Scheff-Stuttgard vom „freien“ Metallarbeiterverband, den sich die hiesigen Genossen telegraphisch zu dieser Versammlung gerufen hatten. Er verteidigte die sozialdemokratische Presse, preisz ganz besonders den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, dessen gute Massenverhältnisse (2). Ferner verzapfte er den Anstich, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nur 4,15 Mk. an Verwaltungskosten pro Jahr und Mitglied habe, der Christliche Metallarbeiterverband dagegen 35 Mk. Welche ein großartiger Redner! 31,20 Mk. zahlt jedes Mitglied pro Jahr und 35 Mk. werden vom Genossen Scheff als Ausgabe für Verwaltungskosten herausgelogen. Er betonte auch die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften und behauptete ferner und dreist, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Gewerkschaften einem Christlichen je etwas in den Weg gelegt habe, was nur Gelächter hervorrief.

Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Holzarbeiterverbandes sprach ebenfalls in der Diskussion. Es klinge wie Hohn, wenn Genosse Scheff betone, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sei religiös neutral. Er brachte anschließend daran einige von sozialdemokratischen Gewerkschaftlern in hiesiger Stadt verübte Terrorismussfälle zur Sprache.

Im Schlußwort war es Engel ein leichtes, die Ausführungen des Genossen Scheff zu zerpfücken. Er wies ihn auf die abgemerkten Bewegungen in Stettin, Mannheim, Hagen usw. hin. Die glänzenden (?) Massenverhältnisse des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes seien nur ein heißer Wunsch. Ebenfalls spendete er ihm ein besonderes Lob für seine Nachkunft in Punkte Verwaltungskosten. Mit einem Appell an die christliche Arbeiterschaft schloß Kollege Engel seine Ausführungen.

Metallarbeiter von Madolszell! Seht das Gehörte in die Praxis um, und schließt Euch Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband an, der trotz allen Anfeindungen uneingeschremmt für die Interessen seiner Mitglieder eintritt. Möge der christliche Gewerkschaftsgedanke auch hier oben am Bodensee immer mehr Fuß fassen zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft.

Erkelenz. Die Hirsch-Dunderschen Winkelblättern „Westdeutsche Post“ mit ihren Ablegern, wie „Machener Rundschau“ usw. verbreiten in ihrer Nr. 36 einen biden Schwinkel über angebliche christliche Intoleranz, die von uns hier an den Tag gelegt worden sei. Dabei wird so ganz nebenbei auch recht unverschämte gelogen. Es wird so hergestell, als hätten wir den H. D. das Lokal abgetrieben, und als uns das nicht gelungen sei, hätte uns der Wirt aus unserem bisherigen Lokal anzuziehen lassen. So war die Sache nicht. Die „toleranten“ Hirsch-Dunder wollten uns aus unserm bisherigen Lokal verdrängen; und als wir das nicht so ohne weiteres mittaten, hat der Vereinskassier nicht uns, sondern die Hirsch-Dunder ihrer Wege ziehen lassen. Aus Wut darüber stellten die betrieblen Vohgerber jetzt die Wahrheit auf den Kopf und schimpfen und lägen über die „böven“ Christlichen, daß sich die Balken biegen. Sie schämen sich aber nachher selbst ihrer blumpen Verleumdungen, die sie hier ausgestreut haben, denn während sie sonst mit ihrem Leibblättchen viel Aufhebens machen, haben sie die betr. Nr. 36 ängstlich vor der Außenwelt behütet und sie ja keinem christlichen Arbeiter zu Gesicht kommen lassen.

Wir lassen die Hirsch-Dunder aber ruhig schimpfen und lägen; unterdessen arbeiten wir recht nachdrücklich durch eine rege Agitation an der Ausbreitung unseres Verbandes; das ist die beste Antwort auf die Ergüsse der guten „Freunde“ von der H. D. Fraktion, denen wir aber doch den guten Rat erteilen wollen, den Kampf in Zukunft etwas anständiger zu führen; sonst müssen wir vielleicht noch deutlicher mit ihnen reden.

Soziale Rechtspflege.

Kann ein Krankengeld gesäubert werden?
Ein einer privaten Krankenkasse Angehöriger war einem Patienten einen Betrag schuldig geblieben, den dieser nicht erhalten konnte. Als der Schuld-

ner einmal erkrankte; nahm der Gläubiger die günstige Gelegenheit wahr, pfändete den Anspruch des Erkrankten gegen die Privatkrankenasse auf Auszahlung des statutenmäßigen Krankengeldes und ließ sich diesen zur Einziehung überweisen. Der Kranke erhob Beschwerde gegen diese Pfändung, und das Landgericht Kiel erachtete sie auch für begründet. Damit war aber der Gläubiger nicht einverstanden, vielmehr erhob er seinerseits Beschwerde gegen den Gerichtsbescheid. — Inzwischen hat auch das Oberlandesgericht Kiel dahin erkannt, daß das Krankengeld der Pfändung nicht unterworfen sei. Der Gläubiger hatte nämlich behauptet, nur dasjenige Krankengeld sei nicht pfändbar, das aus einer Krankenkasse herrühre, der der Versicherte angehören müsse, nicht jedoch dasjenige aus einer privaten Krankenkasse; diese Beiträge seien vielmehr der Pfändung ebenso unterworfen, wie beispielsweise die Versicherungssumme aus Verträgen mit Versicherungsgesellschaften.

Der genannte Gerichtshof sprach sich jedoch dahin aus, daß § 850 Abs. 1 Ziffer 4 der Zivilprozessordnung nicht in diesem Sinne ausgelegt werden könne. Diese Gesetzesbestimmung besagt nämlich ausdrücklich, daß der Pfändung nicht unterworfen sind die aus Kranken-, Hilfs- oder Sterbefällen zu beziehenden Leistungen. Ein Unterschied zwischen Leistungen, die aus öffentlichen Kassen und solchen, die aus privaten Kassen stammen, ist im Gesetz nicht gemacht. Es ist auch nicht ersichtlich, warum Mitglieder von Kranken-, Hilfs- oder Sterbefällen nur versicherungspflichtige Personen sein könnten, wie der beschwerdeführende Gläubiger meint oder daß das Gesetz nur verhüten will, daß dem Schuldner die ihm zustehenden Leistungen aus Kassen, denen er angehören muß, nicht entzogen werden, um nicht den Zweck dieser Versicherungen in Frage zu stellen.

Das Gesetz will vielmehr alle Leistungen, die dem Unterstützungszweck dienen, mögen sie aus öffentlichen oder privaten Kassen bezogen werden, der Pfändung entziehen. Dem Unterstützungszweck dient aber nach der eigenen Darstellung des Beschwerdeführers der dem Schuldner gegen die fragliche Krankenkasse zustehende Anspruch. Allerdings fallen die Ansprüche auf die Versicherungssumme aus Verträgen mit Versicherungsgesellschaften nicht unter den § 850, Abs. 1, Ziffer 4 der Zivilprozessordnung. Um einen solchen Anspruch handelte es sich im vorliegenden Falle aber nicht.

Erfrieren der Finger, ein entschädigungspflichtiger Unfall?

Mit dieser Frage beschäftigte sich kürzlich eine Entscheidung des Reichsversicherungsamts. Der Sachverhalt war folgender: Ein in einem Unfallversicherungspflichtigen Betriebe beschäftigter Arbeiter erlitt dadurch eine körperliche Beschädigung, daß ihm bei Ausübung einer ihm vom Arbeitgeber übertragenen Beschäftigung von einigen Stunden mehrere Finger erfroren, so daß einige Fingerkuppen amputiert werden mußten. Als der betreffende Arbeiter Entschädigung beanspruchte, erhielt er einen ablehnenden Bescheid, da ein Betriebsunfall nicht vorliege. Das Reichsversicherungsamt erachtete aber einen Betriebsunfall für vorliegend und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung, indem u. a. ausgeführt wurde: ein Betriebsunfall sei nicht nur in dem Falle anzunehmen, wenn es sich um ein plötzliches Ereignis handle, sondern auch dann, wenn infolge einer Tätigkeit in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eine Beschädigung der Gesundheit eintrete. Das Erfrieren der Finger sei innerhalb eines Zeitraumes von acht Stunden eingetreten, während welcher Zeit der Arbeiter die ihm übertragenen Arbeiten verrichtete. Wahrscheinlich seien die Finger sogar während eines viel kürzeren Zeitraumes erfroren, wenn dies auch nicht während der Arbeit bemerkt worden sei. Unter diesen Umständen erscheine es nur recht und billig, den Verlust für den Verlust von fünf Fingerkuppen zu entschädigen.

Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg 1908.

Nachdem sich sämtliche in Straßburg i. G. vertretenen Gewerkschaften an die städtische Arbeitslosenversicherung angeschlossen haben, ist deren Zahl von 20 auf 29 gestiegen. Die Straßburger städtische Versicherung erstreckt sich nur auf die ein Jahr anfassigen Organisierten unter den gelernten Arbeitern. Ihnen wird zur Arbeitslosenunterstützung ihres Verbandes ein städtischer Zuschuß von 50 Prozent des Bundeszuschusses gewährt. Der Schöneberger Magistrat hat dies System bei sich einzuführen abgelehnt, weil der Nutzen der Einrichtung, der an sich anerkannt wird, nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, also nur einem kleinen Teile der Arbeiterschaft, zuzuwenden kommt und somit seinen Zweck nicht erfüllt.

Im Jahre 1908 haben in Straßburg von den 29 der Arbeitslosenversicherung angeschlossenen Gewerkschaften 18 Unterstützung erhalten für 4989 Tage gegen 2618 Tage im Jahre 1907. Dem Berufe nach stehen bei der Unterstützung die Metallarbeiter mit 1479 Unterstützten an der Spitze. Es folgen die Zimmerleute mit 1001, die Holzarbeiter mit 968 und die Buchdrucker mit 780 Unterstützten. Wie 1907 war auch 1908 der Januar der ungünstigste, der Juni der günstigste Monat.

Die Gesamtsumme, die verbraucht wurde, hat sich gegen 1907 nahezu verdoppelt, sie belief sich auf 3507,36 Mk.; die Gesamtzahl der an der städtischen Versicherung beteiligten Gewerkschaftler betrug 4872 oder 30,4 Prozent aller im Handverl und Industrie tätigen Arbeiter Straßburgs; d. h. mehr als zwei Drittel der Arbeiterschaft war umherschert, und zu den Versicherten gehört gerade die Arbeiterelite. Für die ungelerten Arbeiter will man überhaupt keine Versicherung, ebensowenig für verschiedene Gruppen gelernter Arbeiter aus dem Baugewerbe, für diese seien Notstandsarbeiten die beste Art der Arbeitslosenfürsorge; d. h. doch, die Versicherung gehört gerade da auf, wo sie am notwendigsten ist, weil das Problem hier unlösbar erscheint.

Vergleicht man die städtische mit der gewerkschaftlichen Fürsorge; so stehen den 4989 städtischen Unterstützungstagen 10 608 1/2 gewerkschaftliche gegenüber; der städtischen Ausgabe von 3507,36 Mk. eine Gesamtausgabe der Gewerkschaften von 14 327,66 Mk.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Am Anfang September zu Köln a. Rh. eine Städtekonferenz stattgefunden. An ihr nahmen aus den Städten Köln, Mülheim (Rhein), Rast, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Mainz, Barmen, Elberfeld, Solingen, Frankfurt a. M., Krefeld, Koblenz, M.-Glabbach, Essen je ein oder mehrere Vertreter der Verwaltungen teil. Die Sitzung fand im Hansa-Saal des Rathauses statt; sie begann 1/10 Uhr vormittags und währte bis kurz vor zwei Uhr nachmittags. Den ersten Vortrag hielt Beigeordneter Dr. Fuchs über die seitherige Arbeitslosenfürsorge in Köln und die Pläne der städtischen Verwaltung auf diesem Gebiete, während Direktor des städtischen Amtes in Düsseldorf, Dr. Most, über die Arbeitslosenfürsorge im allgemeinen und ihren weiteren Ausbau in der Zukunft sprach. Als den besten Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnete er die Versicherung auf kommunaler Grundlage mit Beitrittszwang unter Hinweis auf die Erfolge der Alters- und Invalidenversicherung auf Grund der Zwangsversicherung.

An die beiden Vorträge schloß sich eine sehr rege Aussprache, an der fast alle Anwesenden teilnahmen; wobei sie die Erfahrungen der einzelnen Städte in den letzten Jahren in bezug auf Arbeitslosenfürsorge erörterten. Es blieb aber bei dem Meinungsaustausch, da wegen der grundlegenden Verschiedenheiten der Verhältnisse und des Arbeitsmaterials in den einzelnen Orten Beschlüsse nicht gefaßt werden konnten. Immerhin war die Verhandlung für alle Teilnehmer sehr lehrreich. Die Konferenzen sollen von Jahr zu Jahr erneuert werden. Die nächste findet im kommenden Jahre in Düsseldorf statt. Auf ihr hofft man besonders in der Frage der Arbeitslosenversicherung, die in diesem Jahre noch nicht reif genug war, ein positives Ergebnis zu erzielen.

Die Tätigkeit der kommunalen Arbeitsnachweise.

Das Ministerialblatt der Handels und Gewerbeverwaltung veröffentlicht soeben eine „Übersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweiskeitellen nach dem Stande vom 1. Januar 1909“. Darnach stellt sich die Geschäftstätigkeit dieser Nachweise für die letzten vier Jahre wie folgt. Es wurden Stellen

	angeboten	gesucht	vermittelt
1908	606 772	996 600	459 705
1907	686 583	806 752	489 174
1906	571 926	755 255	460 213
1905	567 568	693 186	390 908

In der verminderten Angebots- und Vermittlungsziffer, ferner in der gesteigerten Zahl der Stellengesuche für das Jahr 1908 kommt sehr deutlich die ungünstige Lage des Wirtschaftsmarktes zum Ausdruck. In den nachfolgenden Zahlen der vermittelten Stellen kommt die Bedeutung der einzelnen Nachweise zur Geltung. Es vermittelten Stellen die Nachweise Berlin 88 767, Frankfurt a. M. 37 622, Köln 25 753, Düsseldorf 25 501, Posen 17 474, Dortmund 17 369, Magdeburg 15 090, Breslau 12 526, Kiel 12 372, Charlottenburg 11 799, Elberfeld 9814, Erfurt 9902, Saalfeld 3543, Hannover 9338, Schöneberg 9330, Wiesbaden 7970, Barmen 7360, Jena 6039, Bielefeld 5638, Königs-

berg 5569, Potsdam 5487, Essen 5329 usw. Am 1. Januar 1909 waren insgesamt 254 Arbeitsnachweiskeitellen vorhanden gegen 222 am 1. Januar des Jahres 1908.

Briefkasten.

An verschiedene Ortsgruppen. Bei aller wichtigen Vorkommnissen, Angriffen der Gegner in der Lokalpresse, durch Flugblätter oder in Versammlungen etc. ist sofort dem in Betracht kommenden Bezirksbeamten Mitteilung zu machen, damit von da aus die Angriffe der Gegner in geeigneter Weise zurückgewiesen werden. Einzelne lokale Vorkommnisse können nicht von der Zentrale bearbeitet werden; dieses ist an erster Stelle Aufgabe der Bezirksbeamten.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Aachen 2.** Sonntag, den 26. September, morg. 11 Uhr, Versammlung bei Faerber.
- Aachen-Stolberg.** Samstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Verbandslokal.
- Aachen-Gschweiler.** Die am 2. Sonntag unständehalber ausgefallene Versammlung findet am Sonntag, den 26. September morgens 11 Uhr bei Peen, Rätgenerstraße statt. Referent: Kollege Walbes, Aachen.
- Augsburg.** Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal „Goldene Glocke.“
- Böhm.** Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.
- Chemnitz.** Am 25., 26. und 27. September finden im Vereinslokal „Restaurant Germania“, Mittelstraße, Verbandsversammlungen statt.
- Duisburg I.** Freitag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Rüppers, Wanheimerstr. 61.
- Verwaltung Duisburg II.** Sonntag, den 26. Septemb. findet im christlichen Gewerkschaftshaus, nachmittags 4 Uhr, eine General-Versammlung statt. Die auf diesen Tag fallenden Sektionsversammlungen fallen aus.
- Datteln.** Zechenmetallarbeiter. Versammlung, Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr bei Weiming.
- Essen (Eletromonteur).** Freitag, den 24. September, abds. 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Elberfeld“ Steelerstraße.
- Essen-Segeroth.** Sonntag, den 26. September, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Busch, Segerothstraße.
- Essen (Ortsverwaltung).** Sonntag, den 26. Septemb. nachmittags 2 Uhr findet im Verkehrslokal der Sektion Altendorf Restaurant Wint, Altendorferstraße eine allgemeine Sektionssvorsitzende-Konferenz statt. Sämtliche Vorstandsmitglieder der einzelnen Sektionen müssen unbedingt erscheinen.
- Essen-Wettrop.** Mittwoch, den 29. September, abends 7 Uhr, gleich nach der Tagssicht, findet im Verkehrslokal Trogemann unsere Mitglieder-Versammlung statt. Sämtliche Kollegen müssen bestimmt erscheinen.
- Essen.** (Klempner Schlosser und Schmiede des Kleingewerbes.) Samstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.
- Essen-Stecke.** Samstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Fontigs, Chausseestraße.
- Essen-Holsterhausen.** Sonntag, den 3. Oktober, nachmitt. 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Frauen im Lokale Buchner, Föveienstraße.
- Essen-Nordost.** Sonntag, den 3. Oktober, vorm. 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale „Sitzkette“, Heußstraße.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Esser, Hammerstraße.
- Essen-Berge-Vorbeck.** Samstag, den 25. September, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Wortmann Hochstraße.
- Eisenach.** Samstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Glenda.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Samstag, den 25. September, abends 8 Uhr, Versammlung mit Frauen. Im Anschluß Neutriten-Abchiedsfeier.
- Gelsenkirchen-Erle.** Samstag, den 25. September, abds 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Wirt Geeb.
- Sattlingen.** Samstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Haumer, Bruchstraße.
- Gerne.** Dienstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag im grünen Gewerkschaftshaus.
- Hamborn, Brackhausen, Marzloh.** Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr, gemeinsame Versammlung m. Vortrag bei Janschulte.
- Kall.** Samstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schorodt.
- König Ludwig.** Jeden 1. Freitag im Monat, Monats-Versammlung. Nächste Versammlung Freitag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Eise.
- Mannheim-Stadt.** Samstag, den 25. September, abends 1/9 Uhr im Bernhardschhof K. 1, 5 Versammlung mit Vortrag.
- Misburg.** Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Restaurant Schrader. Referent: Kollege Buchner Goslar.
- Mürnberg.** Samstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag, im „Zollhof“, Zellnerstr. 26.
- Oberhausen.** Sonntag, den 26. September, abds. 7 Uhr, Versammlung bei Golepath.
- Oberhausen-Siertrade.** Freitag, den 24. September, abends 6 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners.
- Pegnitz.** Sonntag, den 3. Oktober, in Frohgentheuth, Gasthaus „zu den 3 Linden“ bei Johann Göß, allgemeine Monats-Versammlung. Referent: Kollege Konrad aus Nürnberg. Frauen mitbringen, ebenfalls Unorganisierte.
- Seibach.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Erwerbslosenunterstützung jeden Sonntag, nur von 12—2 Uhr, bei Kaiser-Schmiedemann, Unterböschung 452, ausbezahlt wird. Die Kollegen werden ersucht, dieses genauer zu beachten.
- Solingen.** Samstag, den 25. September, abends 9 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Borghoff.